

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

111 (14.5.1909)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Sed u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Rechte Post: W. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh. Beil.: A. Weismann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: S. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Unsere heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Sozialdemokratie und Finanzreform.

* Karlsruhe, 14. Mai.

Nach Lage der Verhältnisse ist es nicht ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich, daß die sozialdemokratische Fraktion bei der Erledigung der Reichsfinanzreform, wenigstens insoweit die Einführung direkter Reichssteuern in Frage kommt, den Ausschlag geben wird. Die „Frankf. Zeitung“ beschäftigte sich deshalb in einem Leitartikel ihres Abendblattes vom letzten Dienstag mit der Stellung der Sozialdemokratie zur Finanzreform und kommt dabei zu einer, wenn auch nur bedingungsweise scharfen Kritik der bisherigen Haltung der sozialdemokratischen Presse in Sachen der Reichsfinanzreform. Das Frankfurter Demokratenblatt glaubt Grund zu haben, aus der Haltung der sozialdemokratischen Presse den Schluß ziehen zu dürfen, daß die Sozialdemokratie, trotzdem sie in ihrem Parteiprogramm die Forderung direkter Reichssteuern hat, sich auf den Standpunkt der Negation stellen wird. Die Vermutung der „Frankf. Ztg.“ wird verstärkt durch einen Artikel der „Freien Presse“, in dem es u. a. heißt:

„Wohl fordern wir in unserm Programm direkte Steuern, aber nicht, um damit den Militarismus zu füttern. Es ist albern, von einer Partei, die grundsätzlich das Staatsbudget ablehnt, zu erwarten, daß sie der Regierung ohne weiteres Steuern bewilligen werde.“

Es kann zwei Fälle geben, bei denen wir im kapitalistischen Staat für Steuern stimmen.

Erstens, wenn es sich um einen speziellen Zweck handelt, den wir billigen, zum Beispiel bei der Arbeiterversicherung.

Zweitens, wenn durch eine direkte Steuer eine bestehende Verbrauchssteuer ersetzt wird, zum Beispiel wenn die Protzölle nur unter der Bedingung abgeschafft werden sollten, daß der finanzielle Ausfall durch direkte Steuern gedeckt werde.

Auf keinen Fall aber liegt für uns ein prinzipieller Grund vor, für eine direkte Steuer einzutreten, wenn sie nur als Vorspann oder als Deckung für neue Verbrauchssteuern dient, oder deshalb eingeführt wird, weil die übrigen Steuerquellen verfallen — kurz, wenn die direkte Steuer nicht zur Entlastung der Volksmassen, sondern nur zur Steigerung der Macht des kapitalistischen Staates führt.

Wir verwerfen die sogenannte „Finanzreform“ aus zwei Gründen: wegen der Art, wie sie die Mittel anbringt, und wegen der Art, wie diese Mittel verwendet werden sollen.“

Diese Ausführungen lassen allerdings den Schluß zu, daß die Sozialdemokratie die Finanzreform „prinzipiell“ verwirft, also auch die Nachschuß- und Erbschaftsteuer, weil die Art der Verwendung auch einer direkten Steuer nicht unsere Zustimmung finden kann.

Wenn diese Ausführungen der Stellung unserer Reichstagsfraktion entsprechen würden, so müßten wir dagegen entschieden Stellung nehmen, denn die Sozialdemokratie würde sich durch eine solche „prinzipiell“ ablehnende Stellungnahme auch gegenüber direkten Reichssteuern in eine äußerst bedenkliche Situation bringen. Eine solche „prinzipiell“ ablehnende Haltung gegenüber der Nachschuß- und Erbschaftsteuer widerspräche auch den Versicherungen, die von den namhaftesten parlamentarischen Wortführern schon wiederholt abgegeben wurden; sie stände auch absolut nicht in Einklang mit dem, was wir in der Agitation von jeher vertreten haben und last not least, würde durch eine solche Stellungnahme die Sozialdemokratie, wenn auch gegen ihren Willen, dem Zentrum und den Konservativen den größten Gefallen erweisen und so tatsächlich, wenn auch nicht absichtlich die Geschäfte der agrarischen Reaktion mit helfen besorgen. Wir halten es deshalb für rundweg ausgeschlossen, daß der Artikel der „Freien Presse“ die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion widerspiegelt, glauben vielmehr, daß es sich hier um die Privatleistung eines über die Massen prinzipientüchtigen Genossen handelt, der die Folgen eines solchen „prinzipiell“ ablehnenden Standpunktes auch gegenüber der Einführung direkter Reichssteuern „prinzipiell“ übersehen hat.

Wenn der „Vorwärts“ am 3. Mai in einem längeren Artikel u. a. schrieb:

„So sehr unsere Partei (dem Sozialdemokratischen Programm gemäß) als Mittel zur Deckung des Reichsbudgets die Reichsver-

mögens-, Reichseinkommen- und Reichserbschaftsteuer empfiehlt, so wenig ist sie geneigt, der Regierung, lediglich um dieser aus der Verlegenheit zu helfen, irgend eine verflümmerte, vielleicht nur 40 bis 50 Millionen Mark einbringende Erbschaftsteuer zu bewilligen und dadurch dazu beizutragen, daß die Regierung ein Steuerprogramm zu verwirklichen vermag, das den Unbemittelten zu imperialistischen Zwecken eine neue Steuerlast von 400 Millionen Mark auflädt, während die bestehenden Klassen mit dem vierten oder fünften Teile dieser Summe weglommen. Sollte die Regierung sich der Täuschung hingeben, für solche Versuche die Hilfe der Sozialdemokratie zu erlangen, so können wir ihr von vornherein sagen, daß sie falsch kalkuliert.“

so konnte man einer solchen Auffassung ohne weiteres zustimmen. Es wäre in der Tat eine politische und taktische Unklugheit, einer verkommenen, vielleicht nur 40 oder 50 Millionen Mark einbringenden Erbschaftsteuer zuzustimmen. Zwischen dem, was der „Vorwärts“ hier schrieb und dem, was die „Freie Presse“ vertritt, besteht aber ein ganz erheblicher Unterschied. Von einer „prinzipiellen“ Ablehnung auch der Erbschaftsteuer ist in dem „Vorwärts“-Artikel mit keiner Silbe die Rede.

Sicher ist — und darüber ist weiter gar nicht zu reden — daß die sozialdemokr. Fraktion unter keinen Umständen für neue indirekte Steuern stimmt. Sie aber auf den „prinzipiellen“ Standpunkt stellen, man dürfe auch keiner direkten Reichsteuer zustimmen, weil die Art, wie die Mittel verwendet werden, nicht unsere Zustimmung finden kann, das würde praktisch nichts anderes bedeuten, als die ausschlaggebende Stellung der Sozialdemokratie bei der Einführung direkter Reichssteuern ausschalten und den Volksmassen um so mehr Lasten durch indirekte Steuern aufbürden helfen.

Worum es sich in diesem Augenblick in erster Linie für die Sozialdemokratie handeln muß, ist, daß, soweit das in den Kräften unserer parlamentarischen Vertretung liegt, neue indirekte Steuern vermieden werden und das Prinzip der direkten Reichssteuern endlich zur Anerkennung und Durchführung kommt, freilich nicht um jeden Preis. Eine Nachschuß- und Erbschaftsteuer im etwaigen Betrag von 100 Millionen „prinzipiell“ ablehnen, würde auch von den Arbeitern nicht verstanden, nicht nur, weil damit die Gefahr verbunden wäre, daß eine Forderung unserer Programms, für die wir von jeher eingetreten sind, mit durch unsere Schuld und zum Nachteil der Volksmassen nicht zur Durchführung käme, sondern weil damit, wie schon bemerkt, zugleich auch eine um so stärkere Belastung des Konsums durch indirekte Steuern notwendigerweise verbunden wäre. Daß nach Lage der Sache keine dem sozialdemokr. Programm entsprechende Finanzreform zustande kommt, ist klar. Darum handelt es sich auch gar nicht. Wir können auch die Art der Verwendung dieser Mittel nicht ändern; wir verwerfen sogar prinzipiell die Art dieser Verwendung der Mittel, die flüssig gemacht werden sollen. Aber die Mittel werden — mit oder ohne die Sozialdemokratie — flüssig gemacht und für militäristische, marinistische zc. Zwecke verwendet, unbekümmert um unsern prinzipiellen Protest dagegen. Dieser Protest bleibt einstweilen leider wirkungslos.

Etwas anderes aber ist es, wie diese Mittel, mit deren Art der Verwendung wir nicht einverstanden sind, aufgebracht werden, ob endlich auch der Weg im Reiche zu der Ausbringung dieser Mittel herangezogen werden soll.

Wenn unser Elberfelder Organ weiter schreibt:

„Man will sich neue Finanzquellen erschließen, um desto energischer in den politischen Wirnissen Europas und der ganzen Welt auftreten zu können. Man braucht Geld, weil man zum Kriege rüstet.“

Diese Politik des militaristischen Draufgängertums bekämpfen wir am meisten. Nicht bloß, weil wir die kapitalistische Gesellschaft bekämpfen, sondern weil sie Unheil schafft innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.“

und damit die „prinzipiell“ ablehnende Stellung der Sozialdemokratie zu begründen versucht, so müßte man in Konsequenz einer solchen Auffassung auch zur Ablehnung direkter Reichssteuern kommen, selbst wenn sie statt 100, 300 und 400 Millionen betragen würden, denn mit der Art der Verwendung sind wir ja nicht einverstanden. Das ist keine prinzipielle Politik mehr, sondern Prinzipienreiterei, durch die man dem Prinzip der direkten Steuern schweren Schaden zufügen würde. Der Kampf an den Ernst, mit dem wir unsere Prinzipien vertei-

digen, würde durch eine solche Taktik der prinzipiellen Negation einen schweren Stoß erleiden.

Schließlich ist doch auch die Wirkung einer Nachschuß- bzw. Erbschaftsteuer, sowohl in Hinblick auf die künftige Steueranforderung, als auch bezüglich des Bewilligungseifers der Besitzenden bei künftigen Militär-, Flotten- zc. Vorlagen nicht zu übersehen. Warum hat man sich so lange gegen direkte Reichssteuern gewehrt? Weil man mit Recht fürchtete, daß, wenn einmal die Besitzenden selbst, wenn auch nur teilweise, zur Befreiung der wahnwitzigen Politik des Militarismus und Marinismus herangezogen werden, diese direkten Steuern wie ein Bremsen wirken werden, falls man die Steuerkränze wider anziehen will. Und so viel steht fest; haben wir erst eine halbwegs akzeptable direkte Reichsteuer, dann wird sie auch bei einer künftigen Finanzreform ausgedehnt werden müssen. Niemals wären wir, hätten wir gleich zu Anfang direkte Reichssteuern gehabt, in diese niederliche Finanzwirtschaft hineingeraten. Darüber herrschte bis jetzt bei uns nur eine Meinung, denn der Kapitalist ist nirgends empfindlicher, als an seinem Geldbeutel. Wo der in Frage kommt, hört beim Kapitalisten auch der „Patriotismus“ auf, oder er wird doch zum mindesten stark gedämpft.

Item, wir können eine Stellungnahme unserer Partei, wie sie in der Elberfelder „Freien Presse“ präzipiert wird, nicht akzeptieren. Nach Lage der Sache scheint es höchste Zeit, daß die Reichstagsfraktion selbst das Wort zu der Sache ergreift, damit nicht Verwirrung in unsere Reihen kommt. Wir können uns des Gedrucks leider nicht erwehren, daß in dieser Frage, die augenblicklich alle Gemüter bewegt und die sowohl für die jetzige politische und parlamentarische Lage, als auch für die kommenden Wahlen von größter Bedeutung ist, seitens unserer Reichstagsfraktion etwas mehr hätte gegeben werden müssen, um die Stellung unserer Fraktion gegen falsche Auffassungen und Vermutungen zu schützen. Jetzt, wo bereits ernsthaft Zweifel über die Haltung unserer Fraktion zur Frage der Erbschaftsteuer, auch wenn sie nicht so verfinnert ist, daß wir sie ablehnen müßten, laut geworden sind, und wo in der Parteipresse sogar die Bewilligung auch direkter Reichssteuern schlechthin als „prinzipiell“ unannehmbar bezeichnet wird, ist es geradezu ein dringendes Gebot, daß Klarheit geschaffen wird. Wir müssen in der Agitation unsern Gegnern Rede und Antwort stehen, d. h. wissen, wofür unsere Fraktion eventuell stimmen wird und wofür nicht.

Neueste Nachrichten.

Krach in der Finanzkommission.

Berlin, 14. Mai. Die Finanzkommission ging heute während der Beratung der Tabaksteuervorlage resultatlos auseinander. Als über die Danverole im allgemeinen noch einmal beraten wurde, wollte der Vorsitzende Paasche nunmehr über den Schlusssatz der Vorlage der Subkommission abstimmen lassen. Darüber entspann sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte, bei der die Konservativen sich der Abstimmung widersetzen. Da Paasche darauf bestand, mußte geschäftsmäßig abgestimmt werden, ob überhaupt eine Abstimmung stattfinden solle. Bei dieser Abstimmung trat das Zentrum auf die Seite der Konservativen, sodaß diese Gruppe mit anderen eine Mehrheit bildete, daß eine Abstimmung nicht erfolge. Sie lehnte die Abstimmung ab. Daraufhin erklärte Abg. Paasche, das sei geschäftsmäßig widersprüchlich und er könne demgemäß nicht weiter verfahren. — Abg. Geher hob hervor, daß diese Frage vor das Plenum gebracht werden solle; denn dieses habe zu entscheiden, ob man sich über die Geschäftsordnung des Hauses hinwegsetzen dürfe oder nicht. Darauf legte Paasche den Vorschlag nieder, übergibt ihn dem Zentrum abgeordneten Spaahn, der dann eine Verlegung der Kommission ansprach und nicht die Tabaksteuervorlage auf die morgige Tagesordnung setzte, sondern das Finanzgesetz der Regierung mit allen seinen Anhängern. — Zwischen der Rechten und der Linken war eine ungeheure Spannung entstanden.

Die „verbesserte“ Fahrkartensteuer.

Berlin, 13. Mai. Das Reichsschatzamt hat, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, eine neue verbesserte Fahrkartensteuer ausgearbeitet, die gleichzeitig mit den Einkommensteuern an den Reichstag gelangen soll. (Weitere Telegramme siehe Seite 7.)

Seite 8.
Ertraghaft sein...
von 4 1/2 - 5 Uhr...
gerichtet nicht...
Behörden, welche...
übertragen ist...
ung...
Gesellschaft...
er gegen...
stein & Bogler...
g...
Abstrasse...
äden...
Feiertagen...
fer...
Auf...
zahlung!...
so lange...
Vorrat...
reichlich...
werden...
ostüme...
Mäntel...
cketts...
lusen...
ke etc...
3...
ahlung ab...
geben...
dithaus...
mann...
Karlsruhe...
ammstr. 6...
erkaufte...
ang. Bett...
schelt, 2...
16 Mk...
r, Möb...
Tisch 9...
Möb...
12...
straße 19...
möbl. Zimmer...
sol. Arbeiter...
ig zu ver...
chte Möb...
ie Schrän...
Bett...
Wetten...
billig bei...
a. Rudolf...
ände. D...
neue Sch...
ben.

Die Zolltarifrevision in den Vereinigten Staaten.

III.

Auch sonst kommt der Gewaltcharakter des Entwurfs vielfach zum Ausdruck, so in den Bestimmungen über das Inkrafttreten des neuen Tarifs. Die Abkommen mit anderen Staaten, die zurzeit in Geltung stehen, sollten nach dem Entwurf Raynes spätestens 10 Tage nach Inkrafttreten des Tarifs gekündigt werden. Das bedeutet speziell für Deutschland in der Hauptsache, daß unzerzollt mit dem Inkrafttreten des Tarifs dieser gegen es in Anwendung kommt. Denn wenn auch der Vertrag mit Deutschland noch länger läuft, nämlich sechs Monate, so enthält derselbe nur einzelne Erleichterungen auf administrativem Gebiete, nicht aber eine Bindung der wichtigsten Zölle, so daß in den andern Punkten sofort der neue Tarif in Geltung trete, in den restlichen nach sechs Monaten. Andere Staaten haben überhaupt keine Kündigungsfristen, so Frankreich, Bulgarien, die Schweiz.

Der Herr Rayne ist ein Gentleman und so gewährt er allen diesen Staaten eine Kündigungsfrist von sechs Wochen. Während dieser Zeit sollen keine Minimalzölle angewendet werden, erst wer sich mittlerweile nicht zur Gewährung der Meißbegünstigung entschließt, soll den Nutzen der Maximalzölle verfallen. Nach dem Antrage der Abrechnungskommission soll dagegen der Präsident erst vom 31. März 1910 ab den Generaltarif anwenden.

Eine besondere Eigentümlichkeit der amerikanischen Tarife ist seit langem das zähe Festhalten an Wertzöllen. Daran hat auch der neue Tarif nichts geändert, nur daß eine sehr wesentliche Umgestaltung der Valuationsmethode, der Art und Weise der Feststellung des für die Zollerhebung maßgebenden Wertes, vorgenommen wird. Es ist eine alte, immer wiederholte Klage der amerikanischen Zollbehörden, daß das alte Verfahren sehr viel Mißstände zeitigt, daß vor allen Dingen starke, die amerikanischen Zolleinnahmen schwer beeinträchtigende Unterschätzungen der importierten Werte etwas durchaus Gewöhnliches seien. Ob und wie weit das richtig ist, ist natürlich unkontrollierbar; jedenfalls widerspricht es nicht allgemeinen Erfahrungen, die man in den verschiedenen Ländern mit dem Ehrlichkeits- und Wahrheitsfinne der Herren Industriellen gemacht. Und es nimmt sich wahrhaft burlesk aus, wenn die an dem Fortbestand der bisherigen Zustände interessierten Kreise Deutschlands von patriotischen Beteuerungen des Gegenteils überlaufen, die nur eine kindliche Naivität mit mehr als einem lustigen Augenzwinkern aufnehmen kann. Daß dem gegenüber die amerikanischen Hochzollzöllner die Sache noch mehr aufhauen, ist verständlich, da jede Verschärfung der Wertfeststellung einer entsprechenden Zollerhöhung gleichkommt.

Nach dem Rayneschen Tarifentwurf soll es im allgemeinen bei dem bisherigen Verfahren bleiben, das den Wert der Produkte nach dem wirklichen Marktpreise derselben im Herkunftslande der Zollerhebung zugrunde legt. Wo eine solche Abschätzung nicht gut möglich ist, da sollen die Produktionskosten die Basis bilden. Nun ist dies eine äußerst schwierige Sache, weil die meisten Industriellen die Produktionskosten als ihr Privatgeheimnis nicht der Öffentlichkeit und damit der Konkurrenz preisgeben wollen. Deshalb war z. B. im Handelsprotokoll zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten bestimmt, daß bei Artikeln, die in Deutschland lediglich für den Export hergestellt werden — und diese spielen eine große Rolle — der Exportpreis maßgebend sein solle. Diese Vergünstigung war den deutschen Importeuren sehr willkommen, den amerikanischen Protektionisten aber ein Dorn im Auge. Folglich wird diese Bestimmung beseitigt.

Weiter wird aber noch der Wertfeststellung einer besonderen Kategorie und von Waren beträchtlich zu Ungunsten der Importeure verschlechtert, nämlich jener Waren, die im Herkunftslande nicht im offenen Markt uneingeschränkt zum Verkaufe angeboten und nach Amerika

nicht direkt verkauft werden, sondern zunächst an dortige Agenten konfigniert werden. Bei allen diesen Produkten soll der zollpflichtige Wert niemals geringer sein als der amerikanische Großhandelspreis nach Abzug des vermutlich zu erlegenden Zolles, der Fracht, anderer Transportkosten und einer Provision von 10 Prozent. Dadurch ist aller Willkür in der Wertfeststellung Tür und Tor geöffnet und ewigen Unzuträglichkeiten und Klagen Raum gegeben.

Außer diesen einschneidenden Umgestaltungen enthält der Entwurf eine Reihe minder wichtiger organisatorischer und anderer Veränderungen, die nur für die beteiligten Kreise ein näheres Interesse haben und hier füglich übergegangen werden können.

Man kann naturgemäß zurzeit noch kein endgültiges Urteil über den neuen Tarif abgeben, da alles noch chaotisch im Werden ist, keine oder wenig definitive, feste Form angenommen hat. Aber soweit steht schon heute fest, daß der Tarif dem deutschen Handel mit Amerika eine nur schwer wieder gut zu machende Schädigung zufügen wird und daß darunter mit der deutschen Industrie auch das deutsche Industrie proletariat und alle von ihm abhängigen Kreise zu leiden haben werden. Und ebenso klar ist, daß schuld daran zu einem sehr großen Teile Deutschland selbst mit seiner eigenen maßlosen Schutzzöllnerie trägt. Der amerikanische Protektionismus hat es dem deutschen abgedrückt, wie man sich räupert und wie man spuckt. Es steckt ein Gran Tragikomik darin, daß die Reichsregierung die jetzt Amerika über Deutschland schwingt, von unseren eigenen Schutzzöllnern während der letzten Zolltarifkämpfe so fein gebroht worden ist. Mühte man nur nicht damit rechnen, daß sie auch auf unschuldige Rücken herabsinkt.

Politische Uebersicht.

Aus unseren Kolonien.

Die Kolonialrechnungen werden jetzt schärfer geprüft, als wie das in früheren Jahren geschah und es kommen da recht erbauliche Dinge zum Vorschein. Bei der Prüfung der Rechnungen pro 1908 fiel der Rechnungskommission die hohe Ausgabe für vermischte Ausgaben auf. Veranschlagt waren 53 500 M., verausgabt wurden 79 508 M. Der Staatssekretär Dernburg erklärte, daß man diesen Statistitel nicht immer genau veranschaulichen könne; denn es würden aus ihm die Schutzräumien für Raubtiere bezahlt und man könne nie im voraus wissen, wieviel an Löwen und Leoparden geschossen würden. Außerdem werden aus diesem Fond die Segengeschenke für Sultane und Häuptlinge bezahlt. Auf die Frage, was denn mit den Geschenken geschehe, die von den Sultanen und Häuptlingen den Deutschen gemacht würden, erwiderte Herr Dernburg, daß diese Geschenke in der Regel von den Expeditionsmittgliedern gleich verzehrt würden, also nicht in Rechnung gestellt werden könnten. — Weiter war der Kommission aufgefallen, die hohe Ausgabe für Bureaubedürfnisse. Eingekauft waren in den Etat 10 000 M. Ausgabe wurden 49 870 M. Eine Spezifikation der Bureauausgaben ergab folgendes: Schreibpapier und Briefwerts 6367 M., Formulare 6558 M., Löschpapier 513 M., Radpapier 666 M., Aktenbündel 494 M., Federhalter und Federn 501 M., Weißtinte 321 M., Tinte — schwarz, rot, blau und grün —, Tintenfassler usw. 994 M., Seim und Gummi-Arabicum 59 M., Zwirn 153 M., Radiergummi 81 M., Siegelack 272 M., sonstige Bureau-Utensilien 1199 M., Gebühr für Papier-Untersuchungen 468 M. In Tageszeitungen wurden abonniert: „Reichsanzeiger“, „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, „Post“, „Rheinische Zeitung“, „Münchener Allgemeine Zeitung“ und ein englisches Blatt, außerdem 15 Wiffens-Zeitschriften. Im Krankenhaus zu Duala und im Sanatorium zu Suellaba, in welchen beiden Anstalten sich rund 200 Personen befanden, wurden ausgegeben: für Medikamente und Verbandstoffe 35 756 M., an Getränken wurden gebraucht 968 halbe Flaschen Sekt, 540 Flaschen Bordeaux, 180 Flaschen Burgunder, 660 Flaschen

Mosel, 568 halbe Flaschen Portwein, 84 Flaschen Süßwein, 24 Flaschen Kognak, 12 Flaschen Rum, 2434 Flaschen Bier und 3600 Flaschen Sauerbrunn.

Daß die Patienten nicht vom Säufertwahn befallen wurden, ist eigentlich als ein Wunder zu bezeichnen.

Ein liberaler Führer über die konservativen Blockbrüder.

In dem liberalen Wochenblatt „Fortschritt“ bespricht der Münchener Rechtsanwalt Karl Kohl, der Gemeindevollmächtigte und Vorsitzende des liberalen Kreisverbandes für Alt-Bayern, die gegenwärtige politische Situation und sagt u. a.:

Nun ist der Vielgenannte am Ende seiner diplomatischen Künste. Ueber die Krisis der Reichsfinanzreform hilft kein klassisches Biat, kein Phrasengekläue aller Reichstagslogen, die auf die „Waterlandsiebe, nationale Pflicht, politische Notwendigkeit“ gestimmt sind, hinweg. Die Kerle, zu denen Bülow jetzt redet, haben die Ohren mit Watte verstopft und wollen nichts hören vom Steuerzahlen und verdedten auch die heiligeheiligte Brauntweilichbesgabe. Gegen Konserwatoren, die nicht wollen, haben schon stärkere als der vierte Kanzler vorgehen gelämpft. Wie oft hat Bismark, der in ihren Reihen stand, sich der Interessenpolitik der Konserwatoren unterwerfen müssen. Man mag sie scheiten wegen ihrer Habguts und Engherzigkeit, diese preuhischen Landkaxone, ob ihrer jämmerlichen Haltung zur Finanzreform, aber Kerle von starkem Rückgrat seien sie doch. Sie lassen sich mit thönerben Phrasen und mit solchem modernen Reichsfirefang nicht fädern. Mit solchen Mitteln suchen sie wohl auf ihre Wähler zu wirken, bei ihnen selbst aber versagen sie.

Kohlenausfuhrzoll.

Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte e befaßt sich mit der Steigerung der Kohlenausfuhr und empfiehlt als eine gerechte Besitzsteuer einen Kohlenausfuhrzoll in Verbindung mit einer Kohlensteuer. Man würde mit Leichtigkeit daraus 100 Millionen Mark ziehen und der ganze Streit um die Besitzsteuer wäre aus der Welt geschafft.

Klassengegenstände in der Schule. Kürzlich wurde im preuhischen Landtage Beschwerde erhoben über das Entstehen von Klassengegenständen bei der Verteilung der Schüler im Essener Gymnasium. Die Regierung stellte über die vorgebrachten Klagen Ermittlungen an. Wie jetzt dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ berichtet wird, hat der vom Kultusministerium nach Essen entsandte Geh. Oberregierungsrat Dr. Reinhardt die aufgestellten Behauptungen bestätigt gefunden. Aus einer Liste geht hervor, daß in einer A-Klasse die Eltern der Schüler sind: Fabrikdirektoren, Bergwerksdirektoren, Oberbürgermeister, Rentiers und Fabrikanten; in der B-Klasse aber: Schreiner, Vorzeichner, Bürobeamte, Kanzlisten usw. — Auch die Liste der Oberprima von 1908 und 1909 läßt das Bestreben nach einer Untercheidung ganz deutlich erkennen. Bezeichnend ist, daß in der Oberprima die eine Klasse 15, die andere sogar nur 8 Schüler hatte.

Doch eine Erhöhung der Mannschafslöhnung? Vor einigen Tagen brachten wir die Nachricht, daß die Verbesserung der Mannschafslöhnung und die Übernahme der Kosten für Putzzeug und Reinigungsmaterial auf die Reichskasse verlagert seien. Wie jetzt die „Neue politische Korrespondenz“ erfahren haben will, ist die Vorlage aus dem Kriegsministerium an das Reichsschatzamt gegangen und gelangt von dort an den Bundesrat.

Ausland.

Neue italienische Militärforderungen. Der Kriegsminister Spena u n g a r d i ist jetzt mit den seit langem angebotenen neuen Forderungen für die Armee herausgerückt. Nachdem erst im vorigen Jahre über 200 Millionen für den Armee-Etat an Extrausgaben bewilligt worden sind, begnügt man sich diesmal mit einer Vermehrung des ordentlichen Budgets um 10 Millionen für das Gehaltsjahr 1908/1909 und um 16 Millionen für 1909/1910.

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

102

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Oswald hatte die Begegnung mit Fräulein Helene am Morgen nicht vergessen und sich des Eindrucks, den er dabei auf die stolze, junge Dame gemacht haben mußte, wohl bewußt, sah er es nicht ungern, daß ihm im Laufe des Tages mehr als eine Gelegenheit wurde, seine natürlichen Vorzüge geltend zu machen. Bei Tische um eine Erzählung dessen, was ihm während der Abwesenheit der Familie begegnet war, gebeten, gab er eine Schilderung seines einfachen Lebens in Saffis, wobei er sich eine halb humoristische, halb sentimentale Rolle zuteilte, natürlich ohne das romantische Dunkel, welches über seinem dortigen Aufenthalt lag, im mindesten zu lüften. Die derbe Mutter Karsten wurde zu einer Uhländischen Meeres-Königin, die rothaarigen Töchter, Stine und Line, zu Heimeischen Wassernitzen und der halb blödsinnige Vater Steffen zu einem weisen Merlin; die Kreidestellen der Küste wuchsen ins Ungeheure und die Brandung donnerte zwischen den Klippen des Strandes mit wahrhaft Offianischer Majestät. Die Gesellschaft, obgleich sie die Uebertreibungen bald herausfühlte, horchte mit Aufmerksamkeit, ja Spannung, und Oswald empfand es als den schönsten Lohn seiner phantastischen Improvisation, daß die großen, glänzenden Augen Helenes während seines Vortrages mit einem Ausdruck halb der Verwunderung und halb des Zweifels unerbittend auf ihn gerichtet waren.

Er war so ganz die Seele der Gesellschaft geworden, daß man es ihm ernstlich übel zu nehmen schien, als er gleich nach der Abendmahlzeit erklärte, den verabredeten Spaziergang durch den Buchenwald nach dem Strande nicht mitmachen zu können, da morgen Posttag sei und er einige sehr wichtige Briefe zu schreiben habe. Indem Oswald sich so in dem Augenblicke aus der Gesellschaft zurückzog, wo er sich ihr unentbehrlich gemacht hatte, durfte

er mit der beabsichtigten Wirkung zufrieden sein. Fräulein Helene ließ sich herab, ihn direkt zum Bleiben aufzufordern und wandte sich, als er bei seinem Vorhaben beharrte, so kurz von ihm weg, daß ihr Unmut nur zu ersichtlich war.

Dennoch hatte der funkelnde Stern, der soeben über seinem Horizonte aufgegangen war, ihn nicht so verblenden, daß er das Gestirn, welches nun schon so lange mit nimmer verklingendem, stets gleichem, treuem, lieblichem Licht auf ihn herablickte, darüber vergessen hätte. Er hatte schon geteilt in Saffis mit Bestimmtheit auf einen Brief gehofft; er fürchtete, daß der alte Baumann noch am Abend, als er mit dem Doktor weggefahren, vergesslich nach ihm gefragt hatte. Wohl hatte er Mutter Karsten gesagt, daß er nach Grewitz zurückgehe, aber dorthin konnte natürlich der alte Baumann einen Brief Melittas, der so leicht in andere Hände fallen konnte, nicht bringen. Und doch hatte er eine unendliche Sehnsucht nach dem längst erwarteten Brief.

So stahl er sich denn, gleich nachdem die Gesellschaft den Schloßhof verlassen hatte, durch den Garten nach dem großen Tor, aus dem man fast unmittelbar in den Lannenwald zwischen Grewitz und Werlow gelangte. Es dunkelte schon unter den hohen Bäumen mit den weit überhangenden Ästen. Das von der Stige des Tages durchwärmte Holz strömte jetzt am kühleren Abend würzigen Duft aus. In dem weiten Mevier herrschte eine fast unheimliche Stille.

Und jetzt in dieser feierlichen Abendstunde, in diesem hehren Waldestempel überkam die Erinnerung an Melitta Oswalds Herz mit aller Macht. Ihre hohe, und bei aller lieblichen Fülle so jungfräuliche Gestalt, ihr reiches, braunes Haar, das in welchen Wellen von dem Scheitel zum Nacken herabfloß, ihre dunkeln, zärtlichen Augen; ihre reizende Schalkhaftigkeit, ihr liebliches neckisches Wesen — und ach! vor allem ihre unendliche Güte und Liebe — wie deutlich ihr Bild vor seiner Seele stand! wie heiß er sich gelobte, der Lieben, Guten, Golden nie, auch nur in Gedanken untreu zu werden und komme, was das wolle, ihre Liebe mit unendlicher Liebe zu erwidern.

Da ertönte Huschlag durch den stillen Wald und bald tauchte aus dem Halbdunkel ein Reiter auf, der in raschem Trab daher kam. Oswald durchfuhr ein freudiger Schrecken, als er in dem Reiter den alten Baumann auf dem Brownlock erkannte.

Ein Brief? Haben Sie einen Brief? rief er mit einer Heftigkeit, die Brownlock einen Schritt zur Seite springen machte.

Ruhig, Brownlock, ruhig, sagte der Alte, dem Pferde den schlanken Hals klopfend; guten Abend, junger Herr! Ich habe Sie schon in Saffis gesehen, allwo ich erfahren, daß Sie sich am gestrigen Abend nach Grewitz begeben.

Nun wollte ich soeben dorthin reiten — Aber wenn Sie mich nicht selbst getroffen hätten? und unter welchem Vorwande wollten Sie sich bei mir einführen lassen? Doch gleichviel — wo ist der Brief?

Hier! sagte der Alte, der unterdessen vom Pferde gestiegen war, ein nicht unbedeutendes Paket aus der tiefen Tasche seines langen Ueberrocks ziehend.

Geben Sie!

Nur Geduld, junger Herr! Ich habe an alles gedacht. Dies Paket ist, wie Sie sehen, wohl zugebunden und versiegelt, und trägt die Aufschrift: Hierbei die bewußten Bücher mit bestem Dank zurück. Die andern wird Ihnen Baumann zustellen, sobald ich sie durchgesehen habe — und die Unterdrift: Ihr ergebener B. — das kann ja wohl so gut Bemperelein als Baumann heißen, nicht wahr?

Der alte Baumann hatte, während er sprach, die Schwärze um das Paket gelöst und aus einem der drei Bücher, die es enthielt, einen Brief genommen, den Oswald halbtief erbrach und gegen das Licht hielt, um ihn zu lesen, aber das Dunkel unter den hohen Bäumen war bereits zu dicht, er vermochte nur noch die Ueberschrift: liebsteß Herz, mit Mühe zu entziffern.

Ich kann nichts mehr sehen, sagte er traurig. Wären Sie in Saffis sitzen geblieben, wo Sie neulich wollten, oder hätten Sie gestern dem alten Baumann ein Wort zukommen lassen, so wären Sie noch bei guter Tageszeit in Besitz dieses Briefes von meiner gnädigen Frau gewesen.

Se
Durch
von 20
außeror
Zweide
geford
ten Su
für die
Million
der Gr
14 Mil
homen
falls
Bei der
den die
ja dann
kultur
Die
nosse G
Dum-
gramm
kenntlic
protestie
selben
Ginrich
wurde
tumsp
liberal
hoffen
genom
froh sei
von eine
Zentrum
wenn d
stärker
faum je
Zu
Man
mend au
Behandl
es ange
Eisenba
ter hin
gen Röh
Schmalh
3 M. h
leben m
die Woh
chem die
Unter
hat u. C
ja den
einiger
Schreie
partie)
Arbeit
ausgef
den Pro
Zeit wä
von Arb
würde
noch viel
Ange
wahrlich
den. Se
nicht der
Wert ein
beutzuta
Aus
m a n g e
Sind do
Osw
ruhig ge
schmer, d
Unrecht
Berze
sacke Mü
den gang
schwer ge
Brief in
ih, wie
glücklich
was ich
steht —
Nun,
haben Si
zwei meß
Brownloc
die Sie
oder die
mir eine
Reise un
führlich b
den Arm
Schritte
sein Jim
Die g
ist mit G
glücklich
sich folge
und eru
schwach
sehe. Do
Abgang
tung des
Der Z
Nun,
treff des
Nun,
der Alte;

Durch diese Mehrausgabe soll die normale Seeresstärke von 205 000 auf 225 000 Mann erhöht werden. Für das außerordentliche Budget, das auch im vorigen Jahre den Löwenanteil davontrug, werden diesmal 125 Millionen gefordert, auf fünf Verwaltungsjahre verteilt. Die größten Summen soll hier wieder die Artillerie verschlingen. Für die Feldartillerie und Gebirgsartillerie werden 30 Millionen gefordert, für die Verteidigung der Küsten und der Grenzen 50 Millionen, für Forts und Militärstraßen 14 Millionen. Für tragbare Schusswaffen sollen 13 Millionen bewilligt werden, für das Ingenieurkorps z. ebenfalls 13 Millionen, und schließlich 3 Millionen für Pferde und Maulesel, und 2 Millionen für neue Militärbauten. Bei der heutigen Regierungsmehrheit im Parlament werden diese Summen glatt bewilligt werden. Man kann es dann an Schulen, öffentlichen Bauten und sonstigen Kulturforderungen wieder sparen.

Die Strafe der Fenster. Der Duma-Abgeordnete Genosse Gegejchori hat von den Angehörigen des früheren Duma-Abgeordneten Komitatids aus Sebastopol ein Telegramm erhalten, das der schwerkranke Komitatid, der beständig gegen die Hinrichtungsgreuel im Gefängnis protestierte, zur Strafe aus dem Krankenhaus nach derselben Zelle übergeführt wurde, vor deren Fenster die Hinrichtungsgreuel stattfinden.

Badische Politik.

Für den 22. Kreis Freiburg-Emmendingen

wurde der bisherige Abgeordnete Schüler von der Zentrumspartei wieder aufgestellt. Wenn bei den National-Liberalen auch nur noch auf einen kleinen Fortschritt zu hoffen wäre, dann könnte dieser Kreis dem Zentrum abgenommen werden. Allein die Nationalliberalen müssen froh sein, wenn sie bisher sichere Besitze noch behaupten; von einer Zurückeroberung von Wahlkreisen, die ihnen das Zentrum abgenommen hat, kann keine Rede sein, selbst wenn die protestantische Bevölkerung so stark oder noch stärker ist, als die katholische. Einen solchen Zerfall hat kaum je eine Partei erlebt.

Zustände in der großh. Eisenbahnwerkstätte.

Man schreibt uns aus Eisenbahnerkreisen: Bezugnehmend auf den Artikel in der Nr. 107 Ihres Blattes, die Behandlung von Eisenbahnerpetitionen betreffend, dürfte es angebracht sein, auf die Lohnverhältnisse der in der Eisenbahnhauptwerkstätte beschäftigten Hilfsarbeiter hinzuweisen. In jenem Artikel wird über die niedrigen Löhne geklagt und das mit Recht. Wie aber ist Schmalhans erst dort Küchenmeister, wo die Arbeiter mit 3 Mk. bis 3,40 Mk. in einer Stadt wie Karlsruhe leben müssen! Die Lebensmittel werden immer teurer, die Wohnungsmiete steigt, kein Wunder, wenn man manchem dieser Arbeiter mit 3 Mk. bis 3,40 Mk. Tagelohn die Unterernährung im Gesicht ansieht. Der Staat hat u. G. die Pflicht, seine Arbeiter so zu bezahlen, daß sie den Anforderungen der Lebenshaltung wenigstens einigermaßen genügen. Ich möchte nur die in der Schreinerei beschäftigten Hilfsarbeiter (die sogenannten Holzpartie) herausgreifen. Diese Arbeiter müssen sehr schwere Arbeit verrichten, sie sind das ganze Jahr dem Wetter ausgesetzt, ohne den sonst in der Hauptwerkstätte üblichen Prozentzuschlag zu bekommen. Gerade in der jetzigen Zeit wäre es sehr angebracht, wenn man diese Kategorie von Arbeitern entsprechend ihrer Arbeit besser entlohnen würde. Mit diesem Lohn auszukommen ist nicht möglich, noch viel weniger, damit eine Familie zu ernähren.

Angeichts solcher Verhältnisse kann es dem Arbeiter wahrlich nicht schwer fallen, sich bei der Wahl zu entscheiden. Öffentlich lernen diejenigen, die bis jetzt sich noch nicht der Organisation angeschlossen haben, endlich den Wert einer solchen schätzen. Nur vereinte Kräfte vermögen heutzutage etwas zu erreichen.

Vom Glend der badischen Volksschule.

Aus Todtnau wird berichtet: Der Lehramangel macht sich am hiesigen Orte sehr bemerkbar. Sind doch zurzeit auf drei Lehrkräfte 355 Schüler in

Oswald fühlte wohl den Vorturf, der in diesen sehr ruhig gesprochenen Worten lag und es wurde ihm nicht schwer, dem treuen Diener und Freunde Melittas sein Unrecht einzugestehen.

Verzeihen Sie mir, sagte er, daß ich Ihnen die zweifache Mühe gemacht habe, ich habe meine Unbesonnenheit den ganzen Tag hindurch schon verwünscht und ich bin schwer genug dafür bestraft, denn hier halte ich den teuren Brief in den Händen und kann doch nicht erfahren, wie es ihr, wie es Frau von Berkow geht, ob sie wohl, ob sie glücklich in Fichtenau angekommen ist und tausenderlei, was ich alles wissen möchte und was ohne Zweifel hier steht — und veruchte noch einmal den Brief zu lesen.

Nun, nun! sagte der alte Baumann; wegen meiner haben Sie nun schon keine Sorge nicht; so eine Weile oder zwei mehr oder weniger, darauf kommt es mir und dem Braunlock eben nicht an. Und was die Nachrichten betrifft, die Sie zu haben wünschen, so weiß ich davon auch eine oder die andere mitzuteilen, sintermalen Herr Wemperl ein mit einem Schreibbrief überandt hat, in welchem die Reise und was sich bei der Ankunft zugetragen, alles ausführlich berichtet ist. Der alte Mann hatte den Jügel über den Arm gehängt und ging neben Oswald her, der seine Schritte beeilte, um möglichst bald nach Grenwitz und auf sein Zimmer zu kommen.

Die gnädige Frau — Gott behüte sie, sagte der Alte, ist mit Herrn Wemperl nach Verlauf von drei Tagen glücklich in Fichtenau angekommen. Herr Wemperl hat sich sogleich mit Doktor Birkenhain in Vernehmen gesetzt und erkundet, daß Herr von Berkow noch lebe, aber so schwach sei, daß man stündlich seiner Auflösung entgegenzusehe. Das hat nun so gedauert bis zum Tage vor dem Abgang des Briefes, allwo die gnädige Frau in Begleitung des Herrn Wemperl und des Herrn —

Der Alte unterbrach sich und hustete.

Nun, wessen? fragte Oswald, dessen Verdacht in Betreff des Baron Oldenburg wieder erwachte.

Nun, des Herrn Doktors natürlich, wessen sonst, sagte der Alte; ja, was wollte ich doch gleich sagen, Sie haben

sieben Klassen verteilt. Ebenso hat die Lehrerin der Industriehule 120 Schülerinnen zu unterrichten.

Von der badischen Brauereindustrie.

Die Biersteuer hat im Jahre 1908, wie im Vorjahre eine Abnahme zu verzeichnen, was zum Teil auch auf die Abnahme der Brauereien — die Brauereibrauereien sind von 512 auf 487 und die Weißbierbrauereien von 92 auf 82 zurückgegangen — zurückzuführen ist. Der Malzverbrauch hat sich bei 680 066 Doppelzentner um 27 805 Doppelzentner und die Biererzeugung bei einer Gesamterzeugung von 3 226 167 Hektoliter verringert. An Braumalzsteuer nach den fünf bestehenden Steuerstufen sind rund 7,5 Millionen Mk. und 300 000 Mk. weniger als im Vorjahre eingegangen. An dieser Mindereinnahme sind sämtliche Steuerstufen beteiligt, am stärksten bei dem Steuerfuß zu 10 Mk., der einen Minderertrag von 100 000 Mk. ergab. Für ausgeführtes Bier wurden 943 000 Mk. (+ 92 000 Mk.) an Steuer vergütet. Die Steuer von eingeführtem Bier beläuft sich auf 877 000 Mk. und hat um 60 000 Mk. abgenommen. Die Bierausfuhr beträgt 888 000 Hektoliter und hat sich um 50 000 Hektoliter gehoben. Dagegen beträgt die Bierzufuhr aus den Staaten des deutschen Zollgebietes nur 270 078 Hektoliter und gegenüber dem Vorjahre weniger 19 041 Hektoliter.

Der Landesverband badischer Rebalteure. In Offenburg wurde, wie schon kurz gemeldet, am Sonntag ein „Landesverband badischer Rebalteure“ gegründet. Der Verband ist dem „Bund deutscher Rebalteure“ als Teilorganisation angeschlossen; dem Hauptvorstand des Bundes gehört Chefredakteur Scheel als Mitglied an. Der Zweck des Bundes wie des Landesverbandes ist nach den Satzungen „Die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Berufs- und Standesinteressen innerhalb des Standes, in der Öffentlichkeit und durch Einwirkung auf die Gesetzgebung, sowie durch Wohlfahrtsvereinigungen, insbesondere Rechtschutz, Stellennachweis und Unterstützung hilfsbedürftiger und stellenloser Mitglieder und deren Hinterbliebenen.“ Die Errichtung eines Schiedsgerichts wurde allgemein für wünschenswert gehalten. Dem Landesverband, dessen Konstituierung nach Genehmigung der Statuten ausgesprochen wurde, sind bereits 32 Rebalteure definitiv beigetreten, weitere 20 haben ihre Zustimmung zur Gründung des Verbandes erklärt.

Auf Antrag des Chefredakteurs Raß und anderer Teilnehmern wurde Chefredakteur Alfred Scheel-Mannheim („Neue Bad. Landesztg.“) zum Vorsitzenden vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Zum ersten resp. zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt Chefredakteur Raß-Karlsruhe („Karlsruher Ztg.“) und Redakteur Müller-Freiburg („Freib. Vote“). Die weiteren Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Schriftführer: Redakteur Goller-Mannheim; Kassier: Redakteur Dr. Waldenbaum-Mannheim; Weisiger: die Redakteure Montau-Heidelberg, Dr. Weis-Konstanz, Brunner-Offenburg, Witterich-Freiburg, Neithöfisch-Lahr und Haas-Karlsruhe.

Die Redakteure der sozialdem. Presse Badens gehören dem Verein Arbeiterpresse an; sie traten dem gegründeten Landesverband nicht bei.

Der Terror im Südwestdeutschen Arbeitgeberverband für das Transport-, Handels- u. Verkehrsgewerbe.

Im März ds. Js. fanden die Möbeltransportarbeiter in Freiburg in einer Lohnbewegung, wobei sich die Unternehmer anfänglich ablehnend verhielten, infolge einiger kurzer Streiks dann aber den Lohn von 5 auf 6 Mk. pro Tag erhöhten. Zugleich wurde von den Unternehmern versichert, daß vor dem Gewerbegericht ein Tarifvertrag vereinbart werden solle. Die Freiburger Unternehmer hatten schon ihre Vertreter zu den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht namhaft gemacht, als einem Tag später bei dem gleichen Gericht ein Schreiben vom Arbeitgeberverband einliefe, unterzeichnet: „Wolff, Generalsekretär und C. W. Kraetz, Vorsitzender.“ Diese Herren schreiben aus Heidelberg, daß sie im Namen der Freiburger Möbelspeditoren das Gewerbegericht als Einigungsamt ablehnen und daher zu demselben weder Vertreter noch Vertrauensmänner zu bestimmen in der Lage sind. Dabei hatten die Freiburger Speditoren schon die Herren Winterhalter, Diefel-

und Wors als Vertreter und Wolff, Sekretär des Arbeitgeberverbandes, und Privatier Kohler als Vertrauensleute beim Gericht angeben! Sedgzehn Tage später teilten die tapferen Freiburger Speditoren dem Gewerbegericht auf seine Anfrage mit, daß sie ihren Antrag auf Verhandlung vor dem Gericht zurückziehen. Ohne also die Mitglieder zu befragen, wird über die Köpfe der „Herren im Hause“ hinweg bestimmt, was sie zu tun haben. Dabei scheuen sich die Herren gar nicht, zu schreiben, daß sie im Namen der Mitglieder handeln.

Ein gleiches Manöver wurde seitens des gleichen Arbeitgeberbundes in Baden-Baden vollzogen. Der Transportarbeiterverband hat dort mit einzelnen Kutschereibesitzern einen Tarifvertrag abgeschlossen, was den Herren vom Arbeitgeberverband ein Dorn im Auge war. Auf einer Generalversammlung beschließen also die Arbeitgeberverbände, daß die Tarife zu ändern seien und wird zu dem Zweck der Schriftführer des W-Badener Fuhrwerksbesitzervereins beauftragt. Dieser Mann erledigte aber seine Aufgabe nicht gerade geschickt, denn er schrieb, daß die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes beschloffen habe, daß die zwischen der Fuhrwerksbesitzervereinigung und dem Transportarbeiterverband bestehenden Tarifverträge mit diesem gekündigt seien. Nun hat aber der Transportarbeiterverband mit dieser Vereinigung gar keinen Tarif abgeschlossen, was den Herren vom Verein hartzumachen versucht wurde. Darauf schreibt wieder der Schriftführer, daß die Vereinigung — in einer Sitzung tatsächlich von dem größten Teil der Mitglieder beauftragt worden wären zur Kündigung; die Namen der Betroffenen könne die Verbandsleitung in Heidelberg einsehen.

In dem Schreiben heißt es dann wörtlich weiter: „... Die Vereinigung will auch lediglich deshalb die Lohnvereinbarung beseitigen, daß ein Zwang oder eine Verpflichtung zur Fortdauer der Lohnvereinbarung nicht mehr besteht, da es selbstverständlich unsinnig und geradezu den guten Geschäftssitten widerspricht, daß der Arbeiter seinem Herrn einen Lohnstarif oder eine Lohnabmachung vorlegt zur Anerkennung, was sonst bisher nur umgekehrt üblich war. Mit Hochachtung! Die Fuhrwerksbesitzervereinigung, gez.: Adolf Böker.“

Für die Verbandsleitung war es nun interessant, zu wissen, wie sich der Vorstand des Arbeitgeberverbandes zu der „Vertragstreue“ der W-Badener Kutschereibesitzer stellt und wir sehen auch hier wieder die „Wahrheitsliebe“ der Herren Kraetz und Genossen. Der Arbeitgeberverband schreibt, daß dem Schriftführer der Vereinigung von den einzelnen Unternehmern tatsächlich die Vollmacht erteilt wurde und daß die Kündigung zu Recht bestehe. Hier finden wir kein Wort davon, daß die Vollmachten nur „größtenteils“ von den einzelnen Mitgliedern gegeben worden seien. Was der Badener Schriftführer in seiner Gutmütigkeit zugestehet, das verschweigen die Heidelberger Herren wohlweislich, aber es ist immerhin bezeichnend, was man von der Vertragsstreue des Arbeitgeberverbandes zu halten hat. Und solche Herren schreiben dann, daß sie mit der Arbeiterorganisation keine Tarifverträge abschließen wollen, während es doch jedenfalls diese ist, welche es sich überlegen dürfte, bevor sie mit solchen Leuten ins Vertragsverhältnis tritt.

Es ist aber der blinde Scharfmacherer, wie wir es in den letzten Tagen bei der Firma v. Steffeln in Karlsruhe, der sogar im Vorstand des Arbeitgeberverbandes sitzt, gesehen haben. Da genügt das dumme Geschwätz irgend eines gewissenlosen Vurschen, um Arbeiter aufs Pfaster zu schmeißen, welche während 15 und 17 Jahren ihre Pflicht taten. Die Furcht vor der Arbeiterorganisation macht die Leute rasend und doch sucht man die Sache so hinzustellen, als ob man keine Angst vor dem Verband hätte. Daß die Herren kein reines Gewissen haben, bezeugt jedenfalls der Umstand, daß sie sich so gewaltig sträuben, vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt zu erscheinen.

Kommunalpolitik.

Der Landesverband städtischer Beamten im Großherzogtum Baden hielt in Karlsruhe seine 4. Hauptversammlung am 8. und 9. Mai ds. Js. ab. Der Verband, welcher vor 4 Jahren auf eine Karlsruher Anregung im Benehmen mit dem Mannheimer Verein ins Leben gerufen wurde, zählt ein stattliches Heer von Mitgliedern. Er umfaßt die Beamten der Städte der Städteordnung. Dem Tage der Arbeit ging am 8. Mai eine feierliche Veranstaltung voraus, indem den Teilnehmern die Befestigung der Einrichtungen des Hafens (der Getreidespeicher und die Werfthalle) gestattet wurde. Hieran schloß sich eine Hafenfahrt bis in den offenen Rhein.

Am Sonntag, den 9. Mai, vereinigten sich die Teilnehmer vormittags 10 Uhr zur Hauptversammlung, die im großen Rathausaal stattfand. Oberbürgermeister Siegrist widmete dann den Erschienenen herzliche Worte. Es gereiche ihm zur ganz besonderen Ehre und aufrichtigen Freude, die so zahlreich erschienenen Vertreter der einzelnen Vereine und Mitglieder des Landesverbandes begrüßen zu dürfen und sie namens der Stadtverwaltung Karlsruhe willkommen zu heißen. Er wies in seinen Ausführungen auf die Stellung der städtischen Beamten hin und führte dann aus: Je mehr die Beamten an der idealen Auffassung ihres Standes festhalten, um so mehr werde sich die soziale Lage der Beamenschaft bessern und die städtischen Kollegien werden alles tun, um berechnigte Wünsche der Beamten zu erfüllen.

Nunmehr trat die Versammlung in die Verhandlungen ein. Demselben lag ein gedruckter Jahresbericht zugrunde, aus dem die Tätigkeit des Vorstandes ersichtlich war. Bei einem Punkte sprach der Vorsitzende sodann den Wunsch aus, daß die rechtliche Seite des Dienstverhältnisses der Stadtverwaltung mit den Beamten baldigst klargestellt und hierin nach dem Vorbild des badischen Beamtengesetzes verfahren werde. Alsdann gab die Errichtung einer Krankenunterstützungskasse zu lebhaftem Meinungsaustausch Anlaß. In einigen Städten wird die Frage der Unterstützungskasse so brennend, daß ein weiteres hinausschieben der Lösung dieser Frage kaum mehr möglich ist. Im allgemeinen stand die Versammlung auf dem Standpunkt, daß die Mitgliedschaft eine freiwillige sein müsse.

Wieder ein nichtbestätigter sozialdem. Waisenrat. In Gorkau (Schlesien) wurde vor kurzem von den Gemeindevertretern der Genosse Schneider zum Waisenrat gewählt. Er erhielt bald darauf vom Landrate die Mitteilung, daß seine Wahl für ungültig erklärt werde, da er Sozialdemokrat sei. Es wurde eine Neuwahl vorgenommen, wobei Schneider abermals gewählt wurde. Die Bestätigung dürfte aber auch jetzt nicht zu erwarten sein.

Kleines Feuilleton.

In der Umzugszeit haben es die Viehleute fürchtbar schwer, aber noch schwerer haben es die Pferde, welche die großen Möbelwagen ziehen müssen. An diese vierfüßigen Mitarbeiter denkt niemand, obgleich man die Möbelwagen immer länger werden sieht; sie sind oft 7½, 8, sogar 9 Meter lang. Ein solcher Möbelwagen wiegt an sich schon 70—80 Zentner. Dazu die Ladung schwerer Möbel, alles vollgepackt, hinten noch Auszüge, unten ein schwerer Kasten, vorn auf dem Sitzbrett oft auch noch die Begleitmannschaften! Wie groß auch die Ungestümme sind, fast stets sieht man nur zwei Pferde vorgepannt. Arg müssen diese armen Tiere sich bereits auf ebener Bahn überanstrengen und nun erst, wenn das Pfaster holprig oder der Weg ansteigend wird. Deshalb sollte jeder gute Familienvater, welcher umziehen will, bei Mietung des Möbelwagens sich ausdrücklich ausbedingen, daß keine Tierquälerei beim Transport vorkommen darf und daß bei Möbelwagen über 7 Meter Länge nicht zwei, sondern drei kräftige Pferde vorgepannt sein müssen.

11. Mai. Der große Tag. Der Bürgerausschuß lag eine Menge umfangreicher Vorlagen zur Beratung und Beschlußfassung vor. Der Zuhörerraum füllte sich in wohl kaum je dagewesener Weise; versprach doch die Sitzung sich zu einem sogenannten großen Tage auszuwachsen. Der „Lahrer Anzeiger“ hatte ein paar Tage zuvor einen seitenlangen Artikel gebracht: Bürgerausschuß werde hart, der sich in scharfer Weise gegen die Gehaltserhöhungsforderung des Stadtbauamts wandte, am Vorabend war eine große Bürger- und Stadtverordnetenversammlung einberufen worden, um zur Kanalisationsfrage Stellung zu nehmen. Große Reden sollen dort gehalten worden sein — in der Bürgerausschußsitzung merkte man von allem nichts. Ruhig und glatt wie immer wurden die Vorlagen des Stadtrats bewilligt, und mit langen Gesichtern sollen viele der Zuhörer den Saal verlassen haben.

Der Bürgerausschuß hatte sich in der Hauptsache zunächst mit der Vorlage betreffs Kanalisation der Stadt Lahr zu beschäftigen. Das Stadtbauamt hatte eine eingehende Denkschrift ausgearbeitet. Durch die beabsichtigte Kanalisation soll den seitherigen rückständigen gesundheitsgefährdenden Zuständen auf Veranlassung des badischen Ministeriums durchgreifend abgeholfen werden. Zu den ersten Vorarbeiten sollen 25 000 Mk. genehmigt werden. Von Arbeitervertreterseite sprachen die Stadtverordneten Bohrer und Mayer in zustimmendem Sinne. Letzterer bemängelte, daß die Stadt Lahr, trotzdem sie ein Stadtbauamt hat, noch keinen genügend ausgearbeiteten Stadtbauplan besitzt. Die Anträge des Stadtrats wurden schließlich gegen 1 Stimme angenommen. Eine etwas lebhaftere Debatte rief die Forderung von 15 500 Mk. zu Schlachthausumbauten hervor. Die Stadtverordneten Mayer und Christmann wiesen darauf hin, wie in verschiedenen Sitzungen schon über die Unrentabilität des Schlachthauses, speziell der Saderei geklagt worden ist, weil viele Metzger, trotzdem sie den Bau derselben verlangt hatten, nachher eigene Sadereien einrichteten, und nun werden wieder 5000 Mk. an Baukosten für diese Saderei verlangt. Stadtv. Herzog findet es nur erklärlich, daß sich die Metzgermeister vertraglich für Benutzung einer Säutehalle verpflichten, während viele die Saderei unbekannt lassen, weil man bei letzterer wohl fürchte, daß man im Schlachthaus zu sehr auf die Finger gesehen bekomme. Die Verpflichtung der Metzgermeister betreffs der zu errichtenden Säutehalle geht dahin, daß diese auf einen Zeitraum von 25 Jahren jährlich 600 Mk. Miete zahlen, damit wären die Zinsen zu dem für die Verwirklichung der gegenwärtigen Vorlage erforderlichen Kapital so ziemlich bedeckt. Stadtv. Metzgermeister Schöpfer vernimmt in dem Vertrag den Passus, daß nach Ablauf dieser 25 Jahre das ganze Gebäude in den Besitz der Metzgerinnung übergehe, da ja denn durch die jährlichen 600 Mk. Zinsen das Kapital von 15 000 Mk. gezahlt wäre. Für dieses kostbare Metzgerempell fand er allerdings bei der Stadtleitung kein Verständnis. Die Vorlage wurde schließlich unter der Motivierung, daß sich der Stadtrat den Umbau der Saderei nochmals überlegen werde, gegen 5 Stimmen angenommen.

Beschlossen wurde ferner, das in der Marktstraße gelegene weit vorstehende Eisen'sche Haus den vorgelegten Umbauungen entsprechend zu kaufen und ein neues städtisches Gebäude zu errichten.

Neben der Kanalisationsvorlage hatte die Forderung auf Gehaltserhöhung des Stadtbauamts Nägele den meisten Staub aufgewirbelt. Herr Nägele hatte verschiedentlich den Lahrer Handwerksmeistern etwas stark auf die Finger gesehen, und waren diese natürlich nicht sehr erbauet, demselben eine eminente Aufbesserung unter entsprechender Abänderung seines Dienstvertrags, der „nur“ einen Höchstgehalt von 6000 Mk. vorsieht, bewilligen zu müssen. Eine Stadtverordnetenkommission hatte einen Vermittlungsvorschlag zum Antrag erhoben, der eine etwas geringere Gehaltserhöhung in sich schloß, und dem der Stadtrat beigetreten war. Der Oberbürgermeister begründete den Antrag, jedenfalls im Hinblick auf die vorhergegangenen Veröffentlichungen im „Lahrer Anzeiger“ und der in der Bürgerversammlung zum Ausdruck gekommenen Stimmung mit einer langatmigen Aufzählung aller seitherigen Verdienste des Stadtbauamts, und ließ es natürlich an kräftigen Seitenhieben auf die Gegnerschaft nicht fehlen. Die Arbeitervertreter — es sprachen die Stadtverordneten Mayer und Christmann — vertraten die Meinung, daß man bei Gehaltserhöhung zuerst von unten herauf, bei den niederen Beamten und Arbeitern, anzufangen habe. Es stehe aber in keinem Verhältnis, wenn man hier eine so große Lohnzulage verlange (für die mancher Arbeiter als Gesamteinkommen froh wäre), während man bei dem Gehaltsregulativ der städtischen Arbeiter lange nicht so sparsam war. Wir hatten damals beantragt, den Leuten wenigstens die Feiertage zu bezahlen, man beschneit diese Bezahlung und zog noch zum Ueberfluß den städtischen Arbeitern, welche gezwungen waren, Großherzogsg- und Kaisergeburtstag mitzufeiern, diese Tage ab. Die Arbeiter haben Lohnzulagen viel notwendiger, dort solle man zuerst anfangen, hat man dort kein Geld, dann müssen wir bei den oberen Beamten, die auch nicht mehr wie ihre Pflicht tun können, in allererster Linie sparen, wir sind einzig aus diesem Grunde gegen die Vorlage.

Der Oberbürgermeister betonte, daß sowohl er als auch der Stadtbauamt Nägele seiner Zeit voll und ganz für Aufbesserung der städtischen Arbeiter im Sinne der gestellten Forderungen eingetreten wären, daß sie aber von den übrigen Herren des Stadtrats überstimmt worden seien. Die Herren, welche sonst für Arbeiterforderungen nur ein Achselzucken haben und ständig über die Begehrlichkeit der Arbeiter reden, traten warm für die Gehaltserhöhung ein, aus den Reihen der Bürgervertreter, die sich am Abend zuvor gewaltig aufregten, hörte man kaum einen Ton, und glatt, wie alle übrigen Vorlagen, ging auch dieser Antrag gegen 8 Stimmen durch.

13. Mai. Bei den Stadtverordnetenwahlen in der dritten Klasse der Niederstbesteuerten siegte die vereinigte Kompromißliste der politischen Parteien und der Bürgervereine über die von den Sozialdemokraten aufgestellte Liste. Es wurden 16 Stadtverordnete gewählt; die Wahlbeteiligung war sehr stark.

Mannheim, 13. Mai. Ein altes Schmerzgeschick der Stadt. Die gestern beschlossene Liquidation der Zucker raffinerie bedeutet einen weiteren Schritt auf dem Wege des Auszugs der Industrie aus der Altstadt, der mit dem Entziehen von großen Wohnquartieren an der Stelle der Gatchinson-Gummifabrik und der Tapetenfabrik Engelhardt begonnen hat. Das Verschwinden der Zuckerfabrik wird von der Nachbarschaft sehr gerne gesehen, denn der Betrieb war mit manchen Unzuträglichkeiten verknüpft, deren unangenehmste die starke Rußentwicklung war. Man hofft, daß die Stadt dem

Konfortium, das sich zur Verwertung des Grundstücks gebildet hat, in Bezug auf die Straßendurchführung entgegenkommen und so die Erschließung der „tieftsten Unterstadt“ nach Möglichkeit beschleunigt.

— 182 455 Einwohner zählt unsere Stadt Ende März l. J. nach der Berechnung des Statistischen Amtes.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Mai.
Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung 4 1/2 Uhr. Im Bundesratstisch die Staatssekretäre Fehr. v. Schoen und Sydow, Unterstaatssekretär Zwelse.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des am 13. November vorigen Jahres in Berlin abgeschlossenen revidierten Berner Uebereinkommens zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst.

Staatssekretär Fehr. v. Schoen: Die Revision sei auf Grund der aus dem Reichstag an uns ergangenen Wünsche bezüglich der allgemeinen Ausdehnung des Urheberrechts vorgenommen worden. Das Ergebnis der Berliner Revisionskonferenz ist zu begrüßen, wenn auch noch einige Staaten beiseite stehen, wie Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Es bestand das Bestreben, dem Verbands neue Mitglieder zu gewinnen oder wenigstens die Nichtunionstaaten zu veranlassen, ihre innere Gesetzgebung im Geiste der Berner Konvention zu verbessern. Der Hauptgewinn der aus der Konferenz hervorgegangenen neuen Konvention, der man den Namen „Berliner Konvention“ gelassen hat, ist darin zu erblicken, daß sie ein einheitliches Instrument schafft, das das Ziel der Verständigung aller Staaten über die Grundsätze des Urheberrechts in sich schließt, aber auch Vorbehalte und Abweichungen für einzelne Mitglieder bestehen läßt. Bezüglich der Einzelheiten der revidierten Konvention verweise ich auf die Denkschrift.

Abg. Dr. Jund (natl.): Es ist für den Reichstag Ehrenpflicht, der Konvention zuzustimmen. Eine Kommissionsverhandlung wünschen wir nicht. Nach der neuen Konvention sind die Vertragsstaaten verpflichtet, ihre inländische Gesetzgebung zu ergänzen. Für uns gehört dazu der Schutz der automatischen und pantomimischen Werke, z. B. der kinematographischen Instrumente, die jetzt noch des Schutzes der Gesetze entbehren. Auch wird ein Gesetz zu schaffen sein zum Schutze der musikalischen Werke gegen die Uebersetzung auf mechanische Musikinstrumente, namentlich nach dem Tode des Urheber.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Ich begrüße das Abkommen als einen wesentlichen Fortschritt. Auf der Teilnehmerliste finde ich nicht den Namen Oesterreich-Ungarn, wo gerade der Schutz des geistigen Eigentums viel zu wünschen übrig läßt. Behauerlich erscheint mir, daß es nicht gelungen ist, auch die Erzeugnisse des Kunstgewerbes zu schützen. Ich bedauere, daß der Abdruck telephonischer oder telegraphischer Originalmeldungen in der Presse vor Ablauf von 24 Stunden nicht untersagt worden ist. Schon jetzt möchte ich erklären, daß, wenn wir im Winter eine Verlängerung der Schutzfrist für Werke der Literatur von 30 auf 50 Jahre verhandeln, für das Bühnenweihfestspiel in Wahreuth ein Ausnahmeparagraph nicht geschaffen werden darf.

Abg. Dieß (Soz.)
erkennt an, daß das neue Gesetz der Vereinigten Staaten sich den Grundsätzen der Berner Uebereinkunft nähere, wenn es auch noch viele Mängel aufweist. Ob wir der Uebereinkunft zustimmen können, hängt von der auf Grund derselben ausgearbeiteten Vorlage ab. Nebenher erörtert einzelne Bestimmungen des Abkommens. Eine Verlängerung der Schutzfrist über 30 Jahre sei nicht nötig.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (freif. Volksp.): Wir halten das Ergebnis der Berliner Konferenz für einen wesentlichen Fortschritt. Ein mangelhaftes Urheberrecht für Zeitungsnotizen besteht namentlich in Oesterreich. Das internationale Völkerrecht wird durch Konferenzen besser gefördert als durch Volksräte. Wir bitten um einstimmige Annahme des Abkommens.

Abg. Mat Dungs: Auch Amerika war durch einen Delegierten auf der Konferenz vertreten. Dieser war aber nicht stimmberechtigt und konnte den Beitritt Amerikas nicht in Aussicht stellen.

Nach unerheblicher Debatte wurde das Abkommen in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Münzgesetzes. Der Vorschlag von Dr. Trendl (Reichsp.), auch diese Vorlage en bloc zu verhandeln, wurde in erster und zweiter Lesung angenommen.

Zur zweiten Lesung der Bankgesetznovelle teilt Vizepräsident Dr. Baasche mit, daß die Abstimmung über zwei Abänderungsanträge Raab (wirtsch. Bgg.) namentlich sei und morgen stattfinden werde.

Abg. Raab (wirtsch. Bgg.) begründet seine Anträge, in denen er verlangt, daß nach Abzug der ordentlichen Dividenden vom Reingewinn der Reichsbank 10/100 dem Reservefond gutgeschrieben, 15/100 den Anteilseignern und 75/100 der Reichskasse überwiesen werden; sobald der den Anteilseignern zufallende Betrag 6 Prozent des Grundkapitals übersteigt, soll dieser Ueberfluß in die Reichskasse fließen.

Reichsbankpräsident Davenheim bittet, die Anträge Raab abzulehnen. Der Antrag meint, durch die Vorlage werde das Reich eine Mindereinnahme von 300 000 Mk. jährlich erfahren. Deshalb sollten die Anteilseigner zum Ausgleich herangezogen werden, da ihnen immer noch eine gute Verzinsung ihres Kapitals gesichert sei. Diesen Ausfall kann das Reich aber um so besser tragen, als die Erhöhung des Quoten-Kontingents im Interesse des Wirtschaftslebens des Reichs liegt. Eine weitere Mäßigung der Dividende der Anteilseigner wäre unbillig.

Abg. Dove (freif. Bgg.): Im Namen meiner Freunde bitte ich die Anträge Raab abzulehnen und sich auf den Boden der Kommission zu stellen.

Abg. Trendl (Reichsp.): Es handelt sich hier um eine rein finanzielle Frage, nicht um ein Prinzip. Den zweiten Antrag Raab wird ein Teil meiner Freunde ablehnen.

Abg. Weber (natl.): Wir lehnen die Anträge Raab ab. Durch eine solche Bestimmung können die Reichsfinanzen nicht gebessert werden. Dann möge man lieber eine allgemeine Besitzsteuer einführen.

Abg. Fahrenberg (Zentr.) bittet namens seiner Freunde, die Anträge Raab abzulehnen.

Abg. Frank-Mannheim (Soz.):
Wir stimmen dem Antrag Raab in beiden Fällen zu, weil die Anteilseigner der Reichsbank nicht zu den armen Leuten

gehören und ganz gut dem Reiche in seiner Finanznot etwas zuwenden können.

Damit schließt die Beratung.
Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. Tagesordnung: Reichsgesetz. Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Zum Leipziger Parteitag.
Als Berichterstatter über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion ist für den Parteitag in Leipzig von der Fraktion Genosse Ledebour bestimmt worden.

Darlaben, 13. Mai. Am Sonntag, 16. Mai, hält der Arbeitergefangenenverein „Edelweiß“ im Gasthaus zum „Karlshof“ ein Gartenfest ab. Da der genannte Verein bei jedem Arbeiterfest herangezogen wird, so ist es Ehrenpflicht eines jeden Parteigenossen, sowie der übrigen Arbeiter, denselben kräftig zu unterstützen. (Näheres siehe Inserat in heutiger Nummer.)

Gengenbach, 13. Mai. Die Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen, sowie sonstige Freunde unserer Sache seien darauf aufmerksam gemacht, daß am kommenden Samstag, 15. Mai, abends 8 Uhr, in der Brauerei Bühler (Nebenzimmer) eine Parteiverammlung stattfindet. Parteisekretär Gen. Krins-Karlsruhe wird einen interessanten Vortrag halten. Auch sonstige wichtige Punkte werden zur Besprechung kommen. Wir bitten daher die Genossen, für guten Besuch Sorge zu tragen zu wollen. Der Vertrauensmann.

Jell a. S., 12. Mai. Sozialdemokratischer Verein. Am Samstag, 15. Mai, abends 9 Uhr, findet im „Sch. Hof“ Versammlung statt. Genossen, agitiert für die Versammlung! Diesmal muß dieselbe unbedingt vollständig besucht sein. Die wichtige Tagesordnung, sowie die Vorkommnisse in letzter Zeit machen es jedem Parteigenossen zur Pflicht, in der Versammlung anwesend zu sein.

Emmendingen, 13. Mai. Sozialdem. Verein. In Anlaß der Kreisversammlung, welche kommenden Sonntag, nachmittags 8 Uhr, in der „Sinnerhalle“ ihren Anfang nimmt, wird am Samstag Abend halb 9 Uhr im „Adler“-Saale eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfinden, in welcher zur Konferenz Stellung genommen werden soll. Es weiß ein jeder, was auf dem Spiel steht. Erscheint deshalb vollständig und pünktlich in der Versammlung! Ferner dürfen wir auch nicht vergessen, für die Bürgerausschuhwahlen zu arbeiten. Der Stadtrat hüllt sich in tiefes Schweigen. Noch niemand weiß bestimmt, wann dieselben stattfinden. Wahrscheinlich will man uns überrumpeln. Parteigenossen, sorgt daher dafür, daß dies zu Wasser wird und rüttelt die Indifferenten und Schlafenden auf; zeigt ihnen, daß in den verflochtenen Jahren hier herzlich wenig für die Arbeiter getan wurde und daß es eine Notwendigkeit wäre, auch einmal eine zielbewußte Vertretung auf das Rathaus zu senden. Es gilt jetzt, ungefähr zu handeln, um den Gegnern zu beweisen, daß der Wille vorhanden ist, in der Gemeinde nach besten Kräften mitzuwirken zum Wohle der Allgemeinheit.

Radolfzell, 13. Mai. Die nächste Versammlung der hiesigen Parteiorganisation findet am Samstag, 15. ds. Mts., statt. Wir erwarten, daß sich angesichts der Wahlen die Genossen recht zahlreich einfinden. Also auf zur Arbeit!

Güttenbach, 10. Mai. Am letzten Sonntag hatten die Furtwanger Genossen den geplanten Ausflug nach hier unternommen, dem sich eine schöne Anzahl Genossen und Genossinnen angeschlossen. Der geräumige Saal im Gasthaus zum „Schwert“ war dicht besetzt. Eine Abtheilung der Furtwanger Feuerwehrgesellschaft ließ ihre munteren Lieder klingen, so daß bald eine fröhliche Stimmung herrschte, zumal der Gastgeber für einen guten Gambrinusstoff und eine gute Küche gesorgt hatte. Nur allzubaal waren die paar Stunden verfloßen und die Furtwanger mußten ihren Heimweg wieder antreten. Wir hoffen, daß die Furtwanger Arbeiter nicht allzulange auf sich warten läßt und sich bald wieder mit ihrem Besuche beehrt, im Interesse der Agitation, damit auch einmal in unser buntes Schwarzwaldbüschchen etwas mehr Licht kommt.

Süßingen, 13. Mai. Unsere junge Mitgliedschaft schreitet rüstig vorwärts. Noch nicht ein halbes Jahr ist verfloßen seit unserer Gründung und es ist uns schon gelungen, auch im benachbarten Bräunlingen Wurzel zu fassen, indem wir in der letzten Woche 14 Neuaufnahmen zu verzeichnen hatten, darunter 10 Genossen von Bräunlingen. Es besteht Aussicht, daß wir noch mehr Genossen von dort gewinnen werden. Zu diesem Zweck finden kommenden Sonntag, nachmittags 2 Uhr, im „Höhle“ zu Bräunlingen und nachmittags 6 Uhr im „Adler“ zu Döggingen öffentliche Volksversammlungen statt. In beiden Versammlungen wird Parteisekretär Genosse Engler von Freiburg über „Die politische Lage im Reiche“ referieren. Pflicht der Parteigenossen ist es, für guten Besuch dieser Versammlungen zu agitieren. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Gewerkschaftliches.

An die Gewerkschaftskartelle Badens.
Gemäß der dem Gewerkschaftskartell Karlsruhe von der letzten Konferenz der Gewerkschaftskartelle Badens erteilten Vollmacht beruft das unterzeichnete Gewerkschaftskartell hiermit eine

Konferenz der Gewerkschaftskartelle Badens
auf Sonntag, den 16. Mai d. J., vormittags 10 Uhr, nach Offenburg ein. Tagungslokal ist das Gasthaus zum „Anker“.

Die vorläufig festgesetzte Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Die Reichsversicherungsordnung.
Referent: Arbeitsekretär Böttger-Mannheim.
2. Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern.
Referent: Arbeitsekretär Willi-Karlsruhe.
3. Die Gewerbeordnungs-Novelle.
4. Die Agitation für die Errichtung neuer Gewerkschaften.

Näheres wird den Gewerkschaftskartellen im Laufe der nächsten Tage durch Zirkular zugehen.

An die Kartelle des Landes ergeht hiermit die Aufforderung, für die Beschickung der Konferenz Sorge zu tragen. Offenburg wurde als Konferenzort mit Rücksicht auf die Kartelle des Oberlandes bestimmt.

Das Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Mainz. 100 Arbeiter der Firma Bahne in Mainz, die die Festungswälle niederlegen, traten wegen Nichtanerkennung des Tarifs in Streit.

Prag, 13. Mai. Im Ruzschauer Kohlenrevier ist wegen Lohnunterschieden ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Morgen dürften bereits mehr als 4000 Bergleute streiken.

Badische Chronik.

Bruchsal.

Der Direktor des Zuchthauses auf Reisen. Aus Saig im Schwarzwald wird gemeldet: Am Mittwoch Morgen kam ein Fremder zu einer hiesigen Bürgerin und stellte sich als „Direktor des Zuchthauses in Bruchsal“ vor. Dann erzählte er der Frau, ihr Mann, der gegenwärtig in Bruchsal „sitzt“, hätte sich ein schweres Vergehen gegen den Wächter zuschulden kommen lassen, was ihm mindestens acht weitere Jahre Zuchthaus einbringen würde. Indessen ließe sich die Sache vielleicht noch mit Geld abmachen. Die Frau bewirtete den Herrn Direktor, teilte aber doch dem Herrn Bürgermeister, der gerade zufällig auf dem Felde in der Nähe des Hauses beschäftigt war, den Sachverhalt mit. Dieser ging mit seinem Knecht in die Stube und stellte den Herrn Direktor zur Rede; u. a. verlangte er auch dessen Papiere, wobei sich herausstellte, daß der Herr Direktor seinen Leberzieher mit den Papieren in Lenzkirch zurückgelassen hatte. Nun mußte der Bürgermeister natürlich sofort, daß er einen Schwindler vor sich hatte und wollte den Polizisten holen, während dessen der Knecht den „Herrn Direktor“ bewachen sollte. Diesem gelang es aber, in dem Augenblicke, als sein Wächter die Kammertüre schloß, durch das Fenster zu entkommen. Nun begann eine wilde Jagd, wobei es dem Knechte nach vieler Mühe gelang, den Ausreißer dingfest zu machen.

Der Gauner ist ein erst vor kurzem aus der hiesigen Strafanstalt entlassener Häftling, der dort die Verhältnisse des betreffenden Saigers kennen gelernt hatte und dieselben nun als „Zuchthausdirektor“ ausnützen wollte. Der Herr „Direktor“ dürfte also voraussichtlich bald wieder nach hier zurückkehren.

Ueber die Geschichte der deutschen Städte-Entwicklung sprach am Montag im „Kaiserhof“ Gen. Dr. Duark aus Frankfurt a. M. in einem öffentlichen Vortrag. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine hochinteressanten Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Cirolla und Müller. Der Besuch ließ viel zu wünschen übrig; derselbe hätte weit besser sein müssen. Es wäre zu raten, mehrere solche Vorträge halten zu lassen.

Rastatt.

Die Wahlen der 3. Klasse zum Bürgerausschuß finden nunmehr bestimmt am Mittwoch, 19. Mai, statt. Es ist anzuerkennen, daß der Gemeinderat einer Eingabe des sozialdemokratischen Wahlvereins die Wahlzeit auf 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends festsetzte. Es ist somit jedem Arbeiter möglich, sich an der Wahl zu beteiligen. Es wird von jedem Genossen erwartet, daß er seine Pflicht erfüllt und Stimmzettel zur Wahl bringt.

Am Dienstag Abend halb 7 Uhr findet die Einteilung zur Wahlarbeit statt und werden die Genossen ersucht, sich zahlreich einzustellen.

Baden-Baden.

In Sachen Krankenhaus. Zu unsern Darlegungen vom 6. und 7. April „Mißstände im Badener Krankenhaus betr.“ hat der Stadtrat nun die Sprache gefunden, indem er im Stadtratsbericht aus den Sitzungen vom 27. April und 4. Mai das folgende erklärt:

Im „Volksfreund“ vom 6. und 7. April d. J. sind längere Ausführungen enthalten, in welchen auf die Feststellungen des Stadtrats im Sitzungsbericht vom 10. März ds. J. über das Ergebnis der Untersuchung wegen angeblicher Mißstände im städtischen Krankenhaus Bezug genommen wird. In diesen Ausführungen ist die Objektivität der angestellten Untersuchungen in Zweifel gezogen und dem Verdacht Ausdruck gegeben, als ob dieser angebliche Mangel an Objektivität vom Stadtrat absichtlich veranlaßt worden sei. Diese Unterstellungen erklärt der Stadtrat als frivole Verdächtigungen.

Wir müssen schon sagen: Ein schwaches Verlegenheitsprodukt. Auf den materiellen Inhalt unseres Artikels einzugehen, hat ansehend der Stadtrat keine Lust. Ja, wir werden durch diese stadträtliche Erklärung in unserm Zweifel über die Objektivität der Untersuchung von neuem bestärkt. Etwas anderes, als diese Erklärung des Stadtrats, hätte man auf Grund unserer Darlegungen schon erwarten dürfen. So aber spricht man einfach von „frivolon Verdächtigungen“ und geht zur Tagesordnung über. Wir weisen den Vorwurf der frivolen Verdächtigung entschieden zurück. Nach Art der Untersuchung mühten wir uns, der von uns vertretene objektive Auffassung gelangen und, halten das Gesagte vollständig aufrecht.

Zur Straßenbahnfrage. Der Stadtrat hat beschlossen, das Gutachten der städt. Betriebswerke über die Straßenbahn auf die Friedrichshöhe und das Merkurbahnprojekt der technischen Kommission für Weiterberatung zu überweisen. Das Projekt ist mit Planunterlagen und Kostenberechnungen fertiggestellt.

Pforzheim, 12. Mai. Das zweite Opfer. Nachdem schon gestern Mittag die Frau Karoline Wischoff geb. Weigel infolge ihres Sturzes aus dem Fenster ihrer Wohnung verstorben ist, ist ihr heute das zweite Opfer der unglücklichen Katastrophe in der Parkstraße, das vierjährige Mädchen der Eheleute Blau im Tode gefolgt und damit den schweren Brandwunden erlegen.

Leichenfund. Am 10. ds. Mts. wurde im Weigelgraben, hinter der Speidelschen Fabrik, die Leiche des 69 Jahre alten Goldarbeiters Heinrich Hoffmann von Dill-Weissenstein aufgefunden. Man fand bei ihm ein Sparbuch, Portemonnaie, Uhr usw. Es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß Hoffmann Samstag Nacht beim Nachhausegehen in die Nagold gefallen ist und auf diese Weise den Tod gefunden hat.

Pforzheim, 13. Mai. Feuer brach in der verflorenen Nacht hier in dem Doppelwohnhaus der Besitzer Stark und Bollmer aus, das nach verhältnismäßig kurzer Zeit das gesamte Anwesen mit Scheuern und Schuppen in Asche legte. Auf welche Weise der Brand entstanden ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Königsbach, 14. Mai. Eine grobe Störung des Gottesdienstes verübte am 20. Februar in der Synagoge

zu Königsbach der Handelsmann und Metzger Heinrich Dreifuß von da, indem er während der kirchlichen Handlung dem Synagogendiener Meier-Prager zwei gehörige Ohrfeigen versetzte und diesem zurief: „So geht kommt mir's auf 4 bis 5 Mark nicht an!“ Die gewiß recht ungewöhnliche Art, in der Dreifuß sich hier mit dem Kirchendiener auseinandergesetzt, hatte ihren Anlaß darin, daß er sich durch das Verhalten des Meier-Prager beleidigt fühlte. Es besteht nämlich die Sitte, bei Abhaltung des jüdischen Gottesdienstes von dem Synagogendiener drei der Anwesenden als Gebetsvorleger aufzufassen zu lassen. Meier-Prager hatte diesen Aufruf in der Königsbacher Synagoge vorzunehmen, dabei aber den Dreifuß übergegangen. Als dies am 20. Februar wiederum geschah und sogar jüngere Leute dem Dreifuß vorgezogen, geriet dieser in eine solche Wut, daß er den Synagogendiener prügelte. Das kam ihm nun aber teuer wie 4 bis 5 Mark zu stehen. Er mußte sich gestern vor der Karlsruher Strafkammer wegen Körperverletzung sowie wegen Vergehens gegen § 167 R.St.G.B. verantworten und erhielt 2 Wochen Gefängnis.

Kuppenheim, 12. Mai. Rücksichtslose Autler. Nach einem hier verbreiteten Gerüchte, wurde an einem der letzten Abende auf der Straße Haueneberlein-Kuppenheim ein Bauernführer von einem Automobil angefahren. Der Führer und sein Pferd seien bedenklich verletzt. Das Automobil fuhr weiter, ohne sich um den verunglückten Mann zu kümmern. Auf dessen Hilferufe eilten Leute aus dem in der Nähe liegenden Schlosse Favorit herbei und nahmen sich des Verletzten an.

Triberg, 13. Mai. Eisenbahnerschicksal. Vom Elzberg 12 wurde gestern Abend am Ausgang des „Gutmannstunnels“ der in den 50er Jahren stehende Bahnmann Bruder, auf Barstation 60 überfahren und sofort getötet. Dem Verunglückten, welcher augenscheinlich einem abwärts fahrenden Güterzug ausweichen wollte und dabei den gleichzeitig aufwärts fahrenden Elzberg nicht bemerkte, wurde der Kopf und eine Hand abgefahren. Bruder hinterläßt außer seiner Frau eine Tochter von etwa 17 Jahren.

Unterlagungen, 12. Mai. Feuer. Heute Nacht wurde das Anwesen zum „Grünen Baum“ durch Feuer vollständig zerstört. Die Bewohner vermochten nur das nackte Leben zu retten; alle Sachen sind verbrannt. Der Schaden beträgt 24 000 M. Man vermutet Brandstiftung.

Konstanz, 12. Mai. Todesfall. Gestern starb der Chefarzt und Leiter des hiesigen Krankenhauses, Medizinalrat Dr. Kappeler, ein hervorragender Chirurg, im Alter von 60 Jahren an den Folgen einer Blinddarmpoperation.

Schwetzingen, 13. Mai. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Mittag halb 4 Uhr in unserer Stadt, als ein mit Stämmen beladenes Doppelfuhrwerk das Ende der Karlsruher-Straße kreuzte. Der siebenjährige Sohn des Monteurs Trautwein setzte sich auf die Deichsel des Anhängewagens, kam zu Fall und der schwere Wagen ging dem armen Jungen über Kopf und Hals, so daß der Tod sofort eintrat. Da dies das einzige Kind der Eltern ist, wendet sich denselben allgemeine Teilnahme zu.

Mannheim, 12. Mai. Das Detektivinstitut „Argus“, das durch die Duhener Kindesentführungssache von sich reden machte, beschäftigte gestern auch die hiesige Strafkammer. Die Detektive Kupferschmidt und Schupp, beide frühere Schulheute, waren wegen unbefugter Amtsanmaßung, der Inhaber des Instituts der frühere Schuhmann Maier, wegen Urkundenfälschung und der Detektiv Ziegler, ein ehemaliger Eisenbahnbeamter, wegen Urkundenfälschung angeklagt. Kupferschmidt sollte in sieben, Schupp in einem Falle bei Erhebungen sich als Kriminaldetektiv ausgeben haben. Maier dirigierte durch Briefe, die mit dem Namen seines Bruders Emil Maier unterzeichnet waren, eine nach Waldshut adressierte, von ihm zu Zwecken einer Patentnachforschung angekaufte Riste „Gustalin“ an seine Adresse nach Mannheim, wobei ihm Ziegler half. Einer der Fälle Kupferschmidts war pifanter Art. Ein Beamter in Ulm hatte Freiersabsichten in Bezug auf eine Tochter des Millionärs G. in Pforzheim. Um sich dem „Goldfisch“ nähern zu können, ließ er durch den „Argus“ die Sommerfrische der Pforzheimer Familie erkunden, was auch gelang. Den Goldfisch hat aber der Illmer nicht geangelt. Fr. G. hat einen Anderen geheiratet. Kupferschmidt wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, die übrigen wurden freigesprochen.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich gestern auf der Rheingönheimer Straße in der Nähe der Gilmischen Fabrik. Ein 5 Jahre altes Kind hatte sich an einen Eiswagen angehängt. Als der Eiswagen der Elektrischen ausweichen wollte, sprang das Mädchen, das diese nicht bemerkte, auf das Gleis, wurde von dem Trittbrett erfaßt und zu Boden geschleudert. Der Stoß war so heftig, daß das Mädchen einen Schädelbruch erlitt und der Tod auf der Stelle eintrat. Die vielgerügte Unsitte der Kinder, sich an Wagen anzuhängen, hat wohl in erster Linie den Tod des Kindes verursacht.

Mannheim, 14. Mai. Arbeiterirrtum. In der Arbeiter- und Fettfabrik im Industriehofen waren gestern drei Arbeiter mit dem Sieden von Fett beschäftigt, als der Vottich plötzlich überlief und der kochende Inhalt sich über die Köpfe der Arbeiter ergoß. Zwei Arbeiter, namens August Winkel und Georg Wederoff, wurden, da das Fett über ihren ganzen Körper herunterfloß, schwer verbrannt. Winkel wurde ins Theresienkrankenhaus, Wederoff ins Allgemeine Krankenhaus gebracht. Der dritte Arbeiter ist weniger erheblich verbrannt und konnte sich in seine Wohnung begeben.

Wiesloch, 13. Mai. Vuberei. Vor einigen Tagen hatte in Rot ein Bursche die Freiheit, in der Kirche während des Gottesdienstes einen Revolverbeschuß abzugeben. Der Vorgang rief unter den Kirchenbesuchern begrifflicher Weise allgemeinen Schrecken hervor. Der Bursche wurde ermittelt und angezeigt.

Zum Brand in Zell im Wiesental wird noch berichtet: Die Mechanische Weberei (A.G.) eine der bekanntesten Webereien und bedeutendste industrielle Unternehmung des Wiesentals, beschäftigt gegen 500 Arbeiter und Arbeiterinnen, von denen nun ein großer Teil brotlos geworden ist. Den verdienten Bemühungen der zahlreich aus der Umgebung herbeigeeilten Feuerwehren gelang es, die an die Fabrikanlagen angebauten Arbeiterwohnhäuser zu retten. Der Schaden an Gebäuden, Vorräten usw. ist groß, dürfte jedoch durch Versicherungen gedeckt sein. — 720 Stühle sind verbrannt, etwa 200 konnten gerettet werden. Durch Einrichtung eines Tag- und Nachtbetriebes hofft man wenigstens einen Teil

der Arbeiterschaft weiter beschäftigen zu können. Der Schaden, der durch die Betriebseinschränkung verursacht wurde, ist um so größer, als in letzter Zeit eine bessere Konjunktur eingetreten war. Die Filialbetriebe in Rohrnatt und Göttingen werden natürlich weiterbetrieben, jedoch durch die Lieferungen nach Möglichkeit aufrecht erhalten werden. Die Feuerwehren arbeiteten mit rühmlichem Eifer und anerkannter Umsicht. Man vermutet Selbstentzündung.

Aus Freiburg.

Freiburg, 14. Mai.

Das „Christliche“ Pflastermaul.

Im Jahre 1907 hatten die Holzarbeiter zu den Verhandlungen, welche den Tarifabschluß mit den Arbeitgebern zum Zwecke hatten, den Genossen Engler zugezogen. Gleich nachher wurden von den Christen allerlei verleumdende Gerüchte ausgestreut; unter anderem wurde behauptet, Engler hätte hinter dem Rücken der Arbeiter mit den Arbeitgebern verhandelt. Die Oberbongern der Christen waren natürlich immer so schlau und richteten ihre Worte so ein, daß man sie nicht so konnte; erst dieses Jahr drückte sich der Schreiner Kreymaier deutlich aus, indem er zu einigen freigeorganierten Schreibern sagte: „Engler hat im Jahre 1907 mit den Arbeitgebern Stadler und Gerteis herumgelaufen.“ Genosse Engler strengte Privatklage an, um die Sache einmal klarzustellen. Als Sachverhalt ergab sich folgendes:

Engler wurde von Stadler und Gerteis zu einer Besprechung eingeladen. Die Besprechung fand aber nicht statt, weil Engler nicht hinging. Diese Tatsachen wurden auch von dem als Zeugen vernommenen Herrn Gerteis vollständig bestritten. Es wurde von dem Zeugen bestätigt, daß er, außer in den offiziellen Sitzungen, nie mit Engler beisammen war.

Da es dem Genossen Engler nicht um die Bestrafung des Kreymaier zu tun war, zumal ja dieser nur nachsagte, was ihm andere, die schlauer waren als er, vorjagten, so wurde folgender Vergleich abgeschlossen und protokolliert:

- 1. Der Beschuldigte erklärt, daß er sich von der Haltlosigkeit des dem Privatkläger gemachten Vorwurfs überzeugt habe, demzufolge der Privatkläger anlässlich der Lohnbewegung der Holzarbeiter im Jahre 1907 mit Vertretern der Arbeiterschaft, ohne Wissen der Arbeiter verhandelt und in Wirtschaften verkehrt habe. Er nimmt den Vorwurf mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und trägt die entstandenen Kosten.
- 2. Der Kläger nimmt die Privatklage zurück.

Man wird jetzt von den Christlichen erwarten dürfen, daß sie die Verleumdungen einstellen, sonst könnte es vorkommen, daß der Nächste nicht so billig davonkommt.

Von der Hochschule. Am 15. Mai, vormittags halb 11 Uhr, wird hier der Rektoratswechsel in feierlicher Weise vollzogen. Nachmittags wird in dem Vorgarten der Klinik das Kuchmauldenmal enthüllt. Beiden Feiern wird der Großherzog anwohnen. Dem Exprorektor Prof. v. Schulze-Gävernitz wird der Titel „Geheimer Hofrat“ verliehen.

In einer öffentlichen Schuhmacherverammlung sprach vorgestern Abend im „Storch“ der Gauleiter des Schuhmacherverbandes, Genosse Grünwart, über das Thema: „Die Ursachen der wirtschaftlichen Krisen und ihre Folgen für die Arbeiter.“ Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen einstudigen Vortrag, der mit großem Interesse aufgenommen wurde. Eine rege Diskussion schloß sich dem Vortrag an, die manche interessante Ausführungen auslöste.

Kursus über Arbeiterversicherung. Während bis jetzt in den studienförmigen Arbeiterkursen nur Elementarfächer behandelt wurden, soll jetzt ein Versuch gemacht werden, einige juristische Fragen zu behandeln. Häufig hat es der Arbeiter mit Rechtsfragen zu tun, besonders aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung. Durch Unkenntnis des Rechtes schadet er sich viel; Kenntnis des Rechtes verleiht ihm Sicherheit und Bestimmtheit im Auftreten. Es kommt nun weniger darauf an, möglichst viele Paragraphen auswendig zu lernen, als darauf, an der Hand des Gesetzes einen gegebenen Fall richtig klarzustellen. Diese Methode soll geübt werden. Besonders wichtig ist dies für alle diejenigen, welche später Arbeitervertreter in den Krankenkassen, bei den Berufsvereinigungen und den Versicherungsanstalten werden wollen; nicht weniger aber für alle, welche Versicherungspolitik treiben. Wer sagen will, wie unsere Arbeitergesetze sein sollen, muß erst wissen, wie die bestehenden sind. Das letztere soll in dem Kurs behandelt werden. Beginn: Montag, 17. Mai, abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Apfel“ (Kaiserstraße). Die Unkosten sind sehr gering.

Unglücksfall. Gestern Abend stürzte in der Hinterkirchstraße (Friedrichsallee) ein 4jähriger Knabe, welcher sich allein im Schlafzimmers befand, vom zweiten Stock auf eine Kellerterrasse und erlitt einen Schädelbruch, sowie einen Bruch der Wirbelsäule. Der Tod trat schon nach wenigen Minuten ein.

Unfall. In der Eisenbahnstraße wurde heute Nacht ein Mann mit einer schweren Kopfwunde bemutlos aufgefunden. Derselbe wurde in die chirurgische Klinik verbracht.

Razzia. Bei einer heute Nacht vorgenommenen Razzia wurden 6 obdachlose Personen aufgegriffen.

Neues vom Tage.

Zum Raub im Eisenbahnwagen.

Frankfurt a. M., 12. Mai. Die eingehenden Ermittlungen der Kriminalpolizei über den Täter, der am Freitag Nacht den Ueberfall auf die Bauunternehmersekretärin Hermann im Eisenbahnkoupée beging, haben zu keinem Ergebnis geführt. Es sind eine Reihe von Personen bernenommen worden, die in der Nähe des Tatories eine verdächtige Person gesehen haben wollen. Alle Spuren, die verfolgt wurden, führten aber zu keinem Resultat.

Radbod.

Dortmund, 12. Mai. Vor der dritten Zivilkammer des hiesigen Landgerichts kam die vielbesprochene Klage der „Radbod-Bitumen“ gegen das Ortskomitee in Gamm, das nach dem großen Unglück auf der Beche Radbod einen Aufruf zwecks Sammlung von Gaben erließ, zur Verhandlung. Die Klage geht dahin, das aus 14 Mitgliedern bestehende Komitee zu verurteilen: 1. anzuerkennen, daß sie verpflichtet sind, die Beiträge, die für die Hinterbliebenen der Verunglückten der Beche

Nachdem auf ihren Aufruf hin gezahlt worden sind, entsprechend an die Klägerinnen zu verteilen und demgemäß die rechnungsmäßig an die Klägerinnen entfallenden Anteile dieser Summe an diese zu zahlen, mindestens aber an jede Klägerin 1000 M. 2. eventuell: soweit die Klägerinnen in Betracht kommen, die gesammelten Beiträge zur Auszahlung einer Rente für sie zu verwenden, derart, daß die Renten gezahlt werden können während der vermutlichen Lebensdauer der in Betracht kommenden Hinterbliebenen, daß aber nach Ablauf der vermutlichen Lebensdauer der Hinterbliebenen das gesammelte Kapital aufgezehrt ist.

Die Begründung der Klage geht von dem Standpunkt aus, daß das Rechtsverhältnis zwischen Sammelnden, Spendern und denjenigen, zu deren Gunsten gesammelt wird, einen Vertrag zugunsten dritter bedeute. Wenn man das annehme, so würden die Klägerinnen nach § 328 des Bürgerl. Gesetzbuches das Recht haben, zu verlangen, daß die Gelder nach dem zu vermutenden Willen der Spender verwendet werden. Es entsteht die Frage: Was war der Wille der Spender? Die Kläger behaupten, daß mit Rücksicht darauf, daß in dem Aufruf Beiträge gefordert werden zur Vinderung augenblicklicher Not, angenommen werden müsse, die Spender hätten an eine sofortige Verteilung der Gelder gedacht. Eventuell behaupten die Klägerinnen, daß die Rente vom Komitee so festzusetzen sei, daß ein erhebliches Kapital übrig bleibe und während des Lebens der Hinterbliebenen nicht aufgezehrt werde. Weiter behaupten die Klägerinnen, die Spender hätten jedenfalls nicht gewollt, daß ein Teil des Kapitals zu ganz anderen Zwecken Verwendung finde.

Das Gericht wies die Klage ab. Eine Begründung des Urteils wurde nicht gegeben.

Unterbringung.

Danzig, 13. Mai. In Rußig wurden zwei Sommergäste aus Zoppot, welche sich unter den Namen van den Dyk und Leo Wellnig aus den Rheinlanden in die Fremdenliste eingetragen hatten, festgenommen. Die Polizei hatte in ihnen Bergbeamte aus Saarbrücken erkannt, die von dort nach Unterbringungen in Höhe von 50 000 M. geflüchtet waren. Es wurden 35 000 M. bei ihnen gefunden.

Drei Dienstmädchen durch Leuchtgas erstickt.

Berlin, 13. Mai. Ein schwerer Unglücksfall hat sich heute Nacht in einer Villa der Burggrafenstraße in Behrendorf ereignet. Dort wurden heute Morgen drei Dienstmädchen tot aufgefunden. Sie waren an Leuchtgas erstickt.

Drahtlose Beleuchtung.

Newyork, 13. Mai. Die Elektrizitätsausstellung in Omaha wird durch 4000 Lampen allabendlich drahtlos erleuchtet; die Stromquelle ist zehn Kilometer entfernt.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 14. Mai.

Die Stadtverordneten-Ergebnisse

für den von hier verzogenen Genossen Joh. Thierer findet heute Nachmittag von 1/5-5 Uhr im Rathaussaal statt. Seitens der sozialdemokratischen Bürgerauswahlsmitglieder ist der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, Gen. Leopold Rüdert, vorgeschlagen. Wir ersuchen die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, möglichst zahlreich sich an dieser Erwahlung zu beteiligen.

Achtung, Landtagswähler der Südstadt.

Am Montag, den 17. Mai, abends punkt halb 9 Uhr, findet im Nebenzimmer des „Prinz Ludwig“, Klippurstr. 88, eine Bezirksversammlung statt. In derselben wird Gen. L. Rüdert einen Vortrag über „Geld- und Währungsfragen“ halten. Außerdem müssen in der Versammlung wichtige Vorarbeiten für die kommende Landtagswahl erledigt werden.

Der 4. Bürgermeister.

Der Stadtrat begründet die Anstellung wie folgt: In Karlsruhe war schon vor Einführung der Städteordnung, seit 1812, neben dem Oberbürgermeister ein Bürgermeister angestellt. Bei Einführung der Städteordnung wurde durch Statut vom 22. Oktober 1874 die Zahl der Beigeordneten auf zwei, die der Stadträte auf 22 festgesetzt. Durch Ortsstatut vom 17. Juni 1879 wurde die Zahl der Beigeordneten auf drei erhöht, die der Stadträte auf 21 vermindert, durch Ortsstatut vom 24. März 1886 aber der frühere Zustand (zwei Beigeordnete und 22 Stadträte) wieder hergestellt. Seitdem ist eine Aenderung in der Zusammensetzung des Stadtrats — abgesehen von dem vorübergehenden Zutritt von Vertretern von einverleibten Vororten — nicht mehr eingetreten, abgesehen sich die Einwohnerzahl der Stadt von 43 506 im Jahre 1875 auf über 131 000 gehoben, also verdreifacht hat und außerdem die der Gemeindeverwaltung gestellten Aufgaben nach Zahl und Art in fast noch größerem Maße gestiegen sind.

Dieses Wachstum erhellt deutlich aus den nachfolgenden Vergleichszahlen:

Es betragen:	1875	1908
die voranschlagsmäßigen Ausgaben der Stadtkassakasse	645 313 M.	8 686 688 M.
die Zahl der städtischen Beamten	130	zirka 760
die Zahl der städtischen Arbeiter	1885	Jahresdurchschnitt: zirka 310 1090.

Selbstverständlich ist damit auch die Zahl und die Bedeutung der Geschäfte des Stadtrats und insbesondere seiner besoldeten Mitglieder — des Oberbürgermeisters und der Bürgermeister — in ganz bedeutendem Maße angewachsen. Wenn es gleichwohl bis jetzt gelungen ist, diese Geschäfte ohne dauernde Vermehrung der Bürgermeistereistellen zu bewältigen, so ist dies nur möglich gewesen einerseits durch Anstellung von Hilfspersonal, andererseits aber durch eine zunehmende Belastung des Oberbürgermeisters und der Bürgermeister, die seit Jahren wohl als Ueberlastung bezeichnet werden kann und eine weitere Steigerung ohne Schädigung dieser Beamten und der Verwaltung nicht erträglich. Der Stadtrat hat daher einstimmig beschlossen, beim Bürgerauswahls die Erhöhung der ordnungsmäßigen Zahl der Bürgermeister von zwei auf drei zu beantragen.

Alle der Bürgerauswahl dem Antrage des Stadtrats zusammen, so würde der Stadtrat, falls der Bürgerauswahls nicht anders beschließt, die neue Stelle mit entsprechender Frist zur Bewerbung ausschreiben und dem Bürgerauswahls die eingehenden Bewerbungen zur Entschleßung über die zu treffende Wahl

erforderlichenfalls unter Einsetzung einer gemischten Kommission — unterbreiten.

Die von einer Anzahl Stadtverordneten gewünschte Mitwirkung über die beabsichtigte Geschäftsverteilung unter die Bürgermeister kann zweckmäßigerweise wohl erst dann gemacht werden, wenn die Persönlichkeit und die Art der wissenschaftlichen und praktischen Vorbildung und Erfahrung des zu Wählenden feststeht. Dabei muß selbstverständlich dem Oberbürgermeister die ihm gesetzlich zustehende Befugnis der Geschäftseinteilung gewahrt bleiben; insbesondere wird er allein darüber zu bestimmen haben, welche Geschäfte er sich zur persönlichen Bearbeitung vorbehält; es wird dies vor allem die Oberleitung der wichtigsten unter technischer Leitung stehenden wirtschaftlichen Unternehmungen und Betriebe der Stadtgemeinde sein.

Rheinhafen.

In der heutigen Sitzung wird beantragt, der Bürgerauswahls wolle seine Zustimmung erteilen,

1. daß das Nordbecken des städtischen Rheinhafens nach dem Entwurf der Rheinbau-Inspektion hergestellt und mit den zu seinem Betrieb erforderlichen Straßen-, Gleis-, Beleuchtungs-, Wasser- und Abwasser-, Entwässerungs- und sonstigen Einrichtungen versehen,
2. daß die Ufermauer (Quaimauer) des Mittelbeckens um 70 Meter nach Westen verlängert,
3. daß nach Maßgabe der Pläne des städtischen Hochbauamts eine weitere Werfthalle errichtet und mit den erforderlichen maschinellen Einrichtungen, Gleisanlagen und Zufahrtsstraßen versehen,
4. daß der durch diese Bauten entstehende Aufwand im veranschlagten Betrage von 908 050 M. + 70 150 M. + 459 300 M. = 1 437 500 M. mit einer Verwendungsfrist von fünf Jahren aus Anlehensmitteln gedeckt werde.

Bei der Projektierung der jetzigen Anlage des Karlsruher Rheinhafens ging man bekanntlich von der Annahme eines Verkehrsmaximums von jährlich 300 000 Tonnen aus, sah aber für den Fall späterer Steigerung des Verkehrs über diese Menge hinaus die Erweiterung des Hafengebietes durch Anfügung weiterer Becken vor. Insbesondere war schon in dem vom Bürgerauswahls zur Ausführung genehmigten Projekt, das drei Becken (Mittel-, Süd- und Petroleumbecken) umfaßte, ein etwa später zu erstellendes Nordbecken vorgesehen. Nun hat sich der Güterverkehr schon im Jahre 1908 auf 643 000 Tonnen belaufen und es besteht begründete Aussicht, daß die bisherige unerwartet rasche Entwicklung des Verkehrs im hiesigen Hafen auch fernerhin anhalten wird, umso mehr, als im nächsten Jahre die Rheinregulierung bis zum Eingang des Karlsruher Hafens fertiggestellt und damit der Rhein das ganze Jahr hindurch für die Schifffahrt nach Karlsruhe geeignet sein wird.

Der Bürgerauswahls hat denn auch schon am 12. Dezember 1906 die Mittel für die Ausarbeitung von Plänen und Kostenschätzungen für die Herstellung des Nordbeckens durch die Rheinbau-Inspektion bewilligt. Diese Arbeit ist nunmehr beendet, auch ist die wasserpolizeiliche Genehmigung des Projekts durch das Ministerium des Innern erteilt und sind die Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung und den Zollbehörden über die Gestaltung der Gleisanlagen und die Ordnung der Zollverhältnisse für den Verkehr am Nordbecken zum Abschluß gelangt.

Das Hafenannt wurde zur Neuerung über die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer Rentabilität des Aufwands von 908 050 M. beantragt und führte aus: „Das auszubauende Nordbeckengebiet ist rund 227 000 Quadratmeter groß, auf dasselbe entfallen rund 154 750 M. Geländekosten. Der Gesamtaufwand beträgt somit 1 062 800 M. Wir möchten nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß die Plätze im Hafengebiet im Werte steigen werden und deshalb eine Tilgung des für die Herstellung der Lagerplätze aufgewendeten Kapitals nicht nötig fallen dürfte.“

Zu 2. und 3. In der Vorlage des Stadtrats an den Bürgerauswahls vom 4. September 1907, mit der eine Erweiterung der Werfthalle II mit einem Aufwand von 75 000 M. beantragt wurde, ist schon mitgeteilt, daß außer dieser Erweiterung der Lagerplätze auch die Erstellung einer dritten Werfthalle westlich des Getreidelagerhauses erforderlich sei und daß Pläne und Kostenschätzungen hierfür vom Hochbauamt bearbeitet werden.

Die Rheinhafenkommission und der Stadtrat glauben auch für die Befriedigung dieses Bedürfnisses nunmehr Sorge tragen zu müssen. Das Hochbauamt hatte schon vorher im Benehmen mit dem Hafenannt ein Projekt nebst Kostenschätzungen für die Verlangung der Werfthalle ausgearbeitet, wonach diese Halle einen Baukostenaufwand von 388 500 M. verursacht, wozu noch nach der Berechnung des Maschinenbauamts für die maschinellen Einrichtungen (elektrische Beleuchtung, Kraftleitung, Aufzug, Waage, Dampfheizung, Krangeliste und Hallenausrüstung) 61 500 M. kommen.

Die kostspieligste dieser Anlagen ist die Verlängerung der Quaimauer. Der Kostenvoranschlag der Rheinbauinspektion für diese Arbeit beläuft sich auf 70 150 M.; der laufende Meter kostet somit 1002 M. Dabei ist Herstellung der Mauer in Stampfbeton vorgesehen. Die Ausführung in geschichtetem Bruchsteinmauerwerk würde 77 050 M. erfordern (der laufende Meter 1101). Der Besonderheit und Schwierigkeit dieser Arbeit wegen soll auch die Leitung der Ausführung der Rheinbauinspektion übertragen werden.

Werden die mit dieser Vorlage gestellten Anträge genehmigt und die damit begünstigten Erweiterungsbauten im städtischen Rheinhafen ausgeführt, so wird das von der Stadtgemeinde im Hafen angelegte Kapital, welches sich am 31. Dezember 1908 auf 4 177 932 M. belief, auf 5 615 432 M. steigen und etwa den 7. Teil der gesamten Anlehensschuld der Stadtgemeinde darstellen. Nach den Vorlesungen ist aber zu erwarten, daß schon in Wälde die Zinsen und ein Teil der Amortisationsquoten aus dem Betriebsinnahmen gedeckt werden können, die denn nach dem Rechnungsabluß von 1908 für den Rheinhafen statt des im Voranschlag vorgesehenen Zuschusses der Stadtkasse zu den Kosten der Verzinsung und Tilgung und zu den Rücklagen in den Erneuerungsjahren von 129 357 M. nur ein solcher von 75 044 M. erforderlich war. Ein solcher Betrag muß aber im Verhältnis zu der kurzen Zeit des Bestehens der Hafenanlage und im Hinblick auf die großen wirtschaftlichen Vorteile, welche er der hiesigen Bevölkerung darbietet, als ein erfreulich niedriger bezeichnet werden.

Aus Arbeiterkreisen.

Zu dieser, am 6. ds. im „Volkshaus“ enthaltenen Notiz erhalten wir die folgende Berichtigung:

1. Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter in unserm Betrieb vollständig der Laune des Vorarbeiters preisgegeben sind.
2. Es ist unklar, daß die Arbeitszeit fast regelmäßig länger, als wie bezahlt ausgedehnt wird. In den letzten 14 Tagen kam es einmal vor und zwar am 3. d. M., daß, weil die vorhandenen Betonmischungen noch aufgearbeitet waren, die Arbeitszeit um sechs Minuten überschritten wurde. Der Arbeiter, welcher die Einfindung an Ihr Blatt veranlaßt hat, verlangte die Bezahlung dieser sechs Minuten und wurde dem Folge gegeben.
3. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, die Arbeiter werden „mitunter“ nicht zur gegebenen Zeit entlohnt. Lediglich nur am Samstag, 1. März, verschob sich die Lohnauszahlung um 1 1/2 Stunden und wurde dies durch die Erkrankung unseres Geschäftsführers veranlaßt. Der am Freitag abschließende Zahlung mußte infolgedessen von einer anderen Person ausgerechnet und nach dem Rheinhafen befördert werden.

Hochachtungsvoll

Rheinische Asphalt- und Zementplattenfabrik G. m. B. G. Baumgartels.

Hierzu bemerkt unser Gewährsmann: Eine eigenartige Auffassung über den Zweck einer Berichtigung bekundet anscheinend diese Firma. Diese Erklärung bestätigt doch in der Hauptsache nur, was wir behauptet haben. Bezüglich des ersten Punktes kann man ja verschiedener Meinung sein; wir halten die Ansicht der Arbeiter für ebenso glaubhaft, wie die andere. Zum weiteren ist es mehr als einmal vorgekommen, daß über die bezahlte Arbeitszeit, wenn auch nur wenige Minuten, gearbeitet wurde. Bezüglich des letzten Punktes haben wir auch nicht mehr als wie zugegeben, behauptet und wir selbst geben, da uns die Gründe der späteren Entlohnung bekannt sind, zu, daß eine böswillige Absicht nicht vorgelegen habe. Im übrigen sind wir mit dem Resultat der Veröffentlichung zufrieden, denn es sind tatsächlich die geringsten Mißstände beseitigt worden.

*** Internationale Kraftlastwagen-Konkurrenz.**

Die an dem erwähnten, vom Kaiserl. Automobilklub und dem Verein deutscher Motorfahrzeug-Industrieller, mit Unterstützung der Inspektion der Verkehrstruppen, veranstalteten internationalen Kraftwagen-Wettbewerb zur Prüfung von Kraftfahrzeugen beteiligten Wagen trafen Dienstag Nachmittag hier ein und wurden im Hofe der Artilleriekaserne in Göttesau aufgestellt. Es sind drei Arten von Wagen: Automobil-Omnibusse, kleine Lastwagen mit Anhängewagen für große Lasten, im ganzen etwa 40 Wagen. Dazu kommen mehrere Automobile der die Zulassungsfähigkeit prüfenden Offiziere der Verkehrstruppen. An der Konkurrenz sind fast alle bekannten Motorfahrzeug-Fabriken beteiligt. Die an der Prüfungsfahrt teilnehmenden Lastwagen haben ungefähr die Hälfte der quer durch Deutschland führenden Strecke bewältigt und bisher über 1300 Kilometer zurückgelegt. Am 21. Mai sollen die Wagen wieder in Berlin, dem Ausgangspunkt der Fahrt sein. Mittwoch früh zwischen 5 und 6 Uhr wurde die Fahrt über Durlach, Forzheim fortgesetzt. Bei der Abfahrt waren bereits viele Zuschauer zugegen.

Aus Berlin erhalten wir folgendes Telegramm: Sechs Lastwagen und Omnibusse der Süddeutschen Automobil-Fabrik G. a. g. e. n. a. sind am Endziel der Internationalen Kraftwagen-Konkurrenz Stuttgart in vorzüglicher Verfassung angekommen.

* Gartenfest der „Lassallia“. Auf das bereits im Inzerententeil bekannt gegebene große Gartenfest des Arbeitervereins „Lassallia“ im schönen Garten des „Kühlen Krug“ wollen wir auch an dieser Stelle hinweisen. Neben Gesangs- und dem Gewerkschaftschor ist für verschiedene Unterhaltungen bestens Sorge getragen. Mit dem Eintritt von 10 Pf. pro Person ist der immer unliebsam empfundene Bieraufschlag beseitigt. Jedenfalls kann die „Lassallia“ von seiten der Karlsruher Arbeiterkreise einen guten Besuch erwarten.

* Der Männergesangsverein Karlsruhe bezieht am Samstag und Sonntag das Fest seines 25-jährigen Bestehens. Am Samstag Abend findet im großen Saale der Festhalle großes Konzert statt, daran schließt sich der Festball, dem der Festball folgt. Am Sonntag Morgen vereinigt ein Frühstücken die Mitglieder und Gäste. Für den Nachmittag ist ein Gartenfest in den Gartenräumen der „Eintracht“ mit darauffolgender Tanzunterhaltung arrangiert.

* Der Konzertmeister Deman vom hiesigen Hoftheater wurde zum Hof-Konzertmeister ernannt.

* Im Apollotheater wird am Sonntag das Cabaret Ragin neu eröffnet. Um 4 Uhr nachmittags findet Familienvorstellung, abends große Gala-Vorstellung statt.

* Der Mühlburger Stenographen-Verein „Stolze-Schrey“ hält am Samstag, den 15. Mai, im Gasthaus zu den „Drei Linden“ in Mühlburg, sein 5. Stiftungsfest mit Ball ab.

* Die Lösungsscheine der im Jahre 1889 geborenen Militärfürsorge können in der Zeit von Mittwoch, den 12. Mai bis einschließlich Dienstag, den 25. Mai 1909, auf den Polizeistationen abgeholt werden. Die nach dieser Zeit nicht abgeholt Lösungsscheine werden den Militärfürsorge auf ihre Kosten durch die Post zugestellt werden.

R. Die Gesellschaft „Gumot“ feierte am vergangenen Sonntag im Saale des „Hilberhof“ ihr 7. Stiftungsfest, welches einen sehr guten Verlauf nahm. Dem musikalischen Teil hatte die bekannte Kapelle „Die Krachauer“ übernommen. Ein von Hrn. Albrecht gesprochenes Prolog fand allgemeinen Beifall. Sodann traten die auf akrobatischem Gebiete bestens bekannten Kunstturner Volk und Deusch als japanische Kletterer und moderne Kanabaratzen auf, welche ebenso wie die nun folgenden musikalischen, gesanglichen und humoristischen Vorträge der Herren Zimmermann, Göge, Kurzer, Gehret und Schwab, sowie der Gebr. Bauer reichen Beifall erzielten. Der Schluß des Programms fand in dem wohlgeleitungen Lustspiel: „Zu Weßel, Herr Hauptmann“, aufgeführt von Herren und Damen des Vereins, einen schönen Abschluß. Der nun folgende Tanz hielt die Mitglieder, sowie Freunde und Gäste noch viele Stunden beisammen.

Über
zwei
Den
land
der
rat
ein
te
Sov
Sond
land
angr
gelte
terpe
u s

des
Anfo
zu de
Entla
habe.
er ha
Der
zu ein
und
urteil
Kaiser
in sein

D
nation
als ge
sich na
föhrba
von M
brechur
Krovin
macht
größere
würde
welche
nicht b
notante
Kofidie
Bar
radik
Karte
gehören
über die
Wenn d
die Rep
Ein an
die rad
wurde n
daß die
n i f e r
Ueberlie
Zens
gelfern
nung an
Beamten
durchge

Paris
den Preis
die 25 f

Ei
Hor
empfe
Ware
G
15

3838

Telegramme.

Harden in Wien.

Wien, 13. Mai. Maximilian Harden hielt gestern Abend im vollständig gefüllten Musikvereinsaal einen zweistündigen Vortrag über Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Er führte aus, daß die Haltung Deutschlands in der Annexionsfrage für Deutschland eine Frage der Ehre und des Ansehens sei. Der verstorbene Geheimrat Hofstein habe, als der Kärn losging, vom Harz aus einen langen Brief an den Reichskanzler gerichtet und ihm geraten, keinen Augenblick zu schwanken. Jawolfski sei weder in Budaun noch in Wien, sondern in London dupiert worden. Oesterreich-Ungarn und Deutschland seien heute nicht nur unbeflegbar, sondern auch unangreifbar. Redner fand großen Beifall bis auf vereinzelte Zwischenrufe, besonderen Beifall, als er, auf die Interpellation Vielohlmayrs antspielend, sich einen lästigen Ausländer nannte.

Das Urteil gegen Lopuchin.

Petersburg, 13. Mai. In der gestrigen Verhandlung des Prozesses Lopuchin begründete der Staatsanwalt die Anklage, der Verteidiger wies nach, daß Lopuchin nicht zu der revolutionären Partei gehört habe und durch die Entlassung Azaw's dem Staate einen Dienst erwiesen habe. Lopuchin selbst erklärte in einem Schlusswort, er habe niemals mit den Revolutionären zu tun gehabt. Der Gerichtshof hat den Angeklagten der Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Gemeinschaft für schuldig erklärt und ihn zu fünfjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Da Lopuchin Edelman ist, wird das Urteil dem Kaiser unterbreitet werden. Die Verkündung des Urteils in seiner endgültigen Form erfolgt morgen.

Der französische Postbeamtenstreik.

Paris, 13. Mai. Wie aus den vorliegenden Informationen hervorgeht, kann der Zustand der Postbeamten als gescheitert betrachtet werden, obgleich der Zustand sich nach Maßgabe der Streikenden in seiner vollen Stärke sichtbar machen soll. Nur im Fall von Beschädigungen von Telegraphenlinien, die trotz der umfassenden Maßnahmen erfolgen könnten, würde eine vorläufige Unterbrechung des Betriebes eintreten. Das gleiche gilt für die Provinzstädte. Mit Ausnahme von Lille und Bordeaux macht sich der Zustand wenig bemerkbar und dürfte kaum größere Ausdehnung gewinnen. Sollte dies eintreten, würde die Regierung die außerordentlichen Maßnahmen, welche sie vorgehen und welche der Öffentlichkeit noch nicht bekannt sind, in Anwendung bringen. Die Regierung würde u. a. mit der Beförderung von Briefen Privatunternehmer betrauen. In diesem Falle würde der Postdienst in der Maschinen-Galerie zentralisiert werden.

Paris, 13. Mai. Der Vollzugsausschuß der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei, dem auch zahlreiche Nichtparlamentarier angehören, hielt gestern eine lange und lebhaft erörterte Sitzung ab, in deren Verlauf Pelletan erklärte: Wenn die Anschauungen Barthous siegen, dann würde die Republik noch tiefer stehen als das zweite Kaiserreich. Ein anderer Redner sagte, daß das Kabinett Clemenceau die radikale Partei ins Verderben führe. Schließlich wurde mit 44 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, daß die Partei jede Gemeinschaft mit dem Ministerium ablehne, dessen Regierungsmethode ihren Überlieferungen zuwiderlaufe.

Paris, 13. Mai. Der große Arbeiterkongress lehnte gestern den Generalstreik ab, nahm aber eine Tagesordnung an, worin die Bergarbeiter sich verpflichten, die Postbeamten zu unterstützen, damit diese ihre Forderungen durchsetzen können.

Französische Kammer.

Paris, 13. Mai. Die Kammer ist heute überfüllt, und in den Kreisen der Deputierten unterhält man sich lebhaft über die Absage des leitenden Ausschusses der radikalen

Partei an Clemenceau. Aus dem Austausch der Meinungen muß man jedoch schließen, daß das Kabinett Clemenceau keinem ernstlichen Angriff von radikaler Seite ausgesetzt ist, solange der Zustand der Postleute nicht definitiv beendet ist.

Den Abgeordneten ist der vom Radikalen Chaigne erstattete neue Kommissionsbericht über das Vereinsrecht der Beamten zugegangen. Die Regierung hat kleinere Kreditforderungen eingebracht, darunter 65 000 Frs. für die Bewirtung der Ende Mai eintreffenden Gefandtschaft des Sultans von Marokko und 30 000 Frs. zur Unterstützung der Verfolgten in Kleinasien, die in den Konsulaten Schutz suchen.

Die Kammer setzt in ihrer Plenarsitzung die Verhandlung über den Poststreik fort. Der Sozialist Sembat antwortet auf die vorgestrige Rede des Ministers Barthou. Sembat beschränkt sich auf die Ausweisung, daß die Arbeiter des Staates den Arbeitern der Privatindustrie rechtlich gleichgestellt werden müssen.

Auf Sembat folgt der Sozialist Jaurès. Er schildert, wie die Regierung und ihre radikale Mehrheit Hoffnungen in den Arbeitern und Beamten erwecken, um sie nachher zu enttäuschen und schließlich zu verfolgen. Jaurès betont, die ganze Kammer habe vor zwei Monaten begriffen, daß die Demission Simyans versprochen worden war, nur Simyan wollte das nicht begreifen. (Lebhafte Beifall.) Ein Teil der radikalen Regierungsfreunde unterbricht lebhaft und aus ihrer Mitte will Cambrouze, der die Vertrauensstagesordnung eingebracht hat, Jaurès sofort erwidern, die Sozialisten unter Führung von Compère und Morel protestieren und können sich erheben sich schließlich wie ein Mann, um die Internationalen anzustimmen. Präsident Brisson setzt seinen Gut auf und verliert das Präsidium; die Sitzung ist suspendiert. Der Royalist Vaudry d'Asson und der Nationalist Vindes erheben den Präsidentensitz und beginnen zu rufen: Es lebe der König, aber schon wird das Publikum aus den Tribünen ausgewiesen.

Letzte Meldung.

Paris, 14. Mai. Die Kammer nahm gestern nach sechsstündiger Debatte eine Tagesordnung an, deren erster Teil sich gegen den Beamtenstreik ausspricht und deren zweiter ein Vertrauensvotum für die Regierung enthält. Für den ersten Teil stimmten 455 gegen 69, für den zweiten 365 gegen 159 Abgeordnete.

Paris, 14. Mai. 5000 Postbedienstete hielten gestern Abend in der Reitschule von St. Paul eine neue Versammlung ab, die bis Mitternacht dauerte. Der Führer Paupou forderte die Streikenden zum Ansharren auf, der Führer Marmontel nannte Simyan einen Schatzhuhn, Barthou einen Jesuiten und Clemenceau eine hundertfache Kanaille. Die Versammlung verlief ohne Zwischenfall. Es wurde einstimmig die Fortsetzung des Generalstreiks beschlossen.

Privat-Telegramme.

Die Finanzreform wird mit den Konservativen und dem Zentrum gemacht.

Berlin, 14. Mai. Wie die gut informierte „Frankf. Zeitung“ zu melden weiß, befindet sich der Reichskanzler Fürst v. Bülow auf dem Wege, die Finanzreform mit den Konservativen, zu denen auch andere Teile der Rechten kommen werden, dem Zentrum und seinen Affilierten zu machen. Auf wirkliche Besitzsteuern muß dabei natürlich verzichtet werden, und man wird unter der falschen Bezeichnung von Besitzsteuern in der Hauptsache zu Umsatz- und Verzehrssteuern greifen, die das mobile Kapital treffen. Es ist kein Zweifel mehr, daß die Dinge so gehen sollen, und es ist wahrscheinlich, daß sie so gehen werden.

Zum Krach in der Finanzkommission.

Berlin, 14. Mai. In der gestrigen Fraktionsitzung der nationalliberalen Partei des Reichstages, die sich mit den Vorgängen in der Sitzung der Finanzkommission befaßte, wurde die Niederlegung des Postes in der Finanzkommission durch den Abgeordneten Dr. Paasche wie überhaupt die ganze Haltung der nationalliberalen Kommissionsmitglieder einstimmig gebilligt und beschlossen, für den Fall, daß in der heutigen Sitzung

der Finanzkommission der Vorschlag wiederum der nationalliberalen Partei angeboten werden sollte, diesen definitiv abzulehnen. — Der Bruch mit dem Bloc sei durch die Affäre vollzogen.

Protest der Berliner Arbeiterturner.

Berlin, 14. Mai. Gestern Abend tagte eine von 3000 Arbeiter-Turnern besuchte Versammlung um gegen die Maßnahmen des Provinzial-Schulkollegiums und des Berliner Magistrats in Sachen der Nichtüberlassung der städtischen Turnhallen und der sogenannten Erlaubnisscheine für die Turnvereine, welche bei Säuglingen unter 21 Jahren vorkommen, zu protestieren. Die obengenannten staatlichen und städtischen Instanzen wurden aufgefordert, die Verordnungen betr. der Erlaubnisscheine zurückzuziehen.

Ein Zentrumsführer als bayr. Finanzminister.

München, 14. Mai. Als Nachfolger des jetzigen bayr. Kultusministers v. Wehner wird wieder einmal der Zentrumsabgeordnete Frhr. v. Hertling genannt.

Briefkasten der Redaktion.

W. hier. kann leider nicht zusagen, da in diesen Tagen verreise. W. R.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund „Vorwärts“) Samstag, 15. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal zur „Deutschen Eiche“ unsere halbjährliche Generalversammlung statt. Vollständiges Erscheinen ist der wichtigen Tagesordnung wegen dringend notwendig. Der Vorstand.

Sonntag Nachmittag 3 Uhr Zusammenkunft im „Riesengarten“ zum gemeinsamen Besuch des Gartenfestes der „Vassallia“ im „Kühlen Krug“. Vollständiges Erscheinen erwartet. 2550 D. O.

Karlsruhe. (Arbeiter-Madfahrer-Verein.) Sonntag, den 16. Mai, Ausfahrt nach Friedrichstal. Abfahrt 6 Uhr am Durlacher Tor. Mittags 2 Uhr Abfahrt zum Kriegerdenkmal zum Stiftungsfest nach Forchheim. Montag Abend Zusammenkunft sämtlicher Kommissionsmitglieder im Lokal. 2549 Der Vorstand.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Sonntag, den 16. Mai, Waiiausflug der Damen-Abteilung. Abmarsch: Früh halb 6 Uhr. Treffpunkt: Marktplatz. 2546 Der Turnwart.

Rheinheim. (Deutscher Metallarbeiter-Verein.) Sonntag, den 16. Mai, mittags Punkt 3 Uhr, im Gasthaus zum Schwänen Mitgliederversammlung. Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder erwartet. 2540 Die Ortsverwaltung.

Malsch. Der hiesige Arbeitergesangverein veranstaltet am Sonntag, den 16. Mai, im Gäßchen Biergarten, ein Gartenfest, verbunden mit Musik, Gesang, Preislegeln und Preisschießen. Das Preislegeln beginnt Freitag Abend und wird Samstag Abend und Sonntag Mittag fortgesetzt. Freunde und Gönner unserer Sache sind freundlichst eingeladen. 2547

Bruchsal. (Zahlstelle des Zentralverbandes der Schuhmacher.) Samstag, 15. Mai, abends halb 9 Uhr, in der „Neuen Sonne“: Öffentliche Versammlung. Referent: Gauleiter Grünmeier aus Frankfurt a. M. Jedermann hat Zutritt. 2547 Der Vorstand.

Freiburg. (Gesangverein „Freundschaft“) Samstag Abend von 8 bis 11 Uhr und Sonntag von vormittags 11 Uhr bis abends 11 Uhr: Großes Preislegeln in der Restauration zum „Schwanen“ (Herderstr.), wozu wir alle unsere Freunde freundlichst einladen. 2548 Der Vorstand.

Freiburg. (Soz. Verein.) Samstag, 15. Mai, Mitgliederversammlung in der „Stadt Belfort“. Tagesordnung: Berichterstattung über die Bürgerausschüßung. Starke Besuch erwartet. 2545 Der Vorstand.

5. Bad. Reichstagswahlkreis. Sonntag, 16. Mai, Wahlkreis Konferenz zu Emmendingen in der Sinnerhalle, nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: 1. Politische Rundschau. Referent Gen. G r u m b a c h. 2. Wahl des Vororts und Jahresbericht. Die Genossen von Emmendingen sind eingeladen. 2548 Der Wahlkreisvorstand.

Unserer heutigen Stadtauflage liegt ein Flugblatt des Arbeiter-Abstinenz-Bundes bei. 2551

Eier, Butter, Käse Honig, Nudeln, Maccaroni empfehlen unter Garantie für erstklassige Ware zu den billigsten Preisen. Geschwister Lieb, 15 Kurvenstrasse 15.

Unionbrauerei A.G. empfiehlt ihre gleichmäßig vorzüglichen ff. hellen Export- u. dunklen Lagerbiere auf der Brauerei auf Flaschen gezogen. Vollmundig. — Kohlensäurehaltig. — Bekömmlich.

Ausnahme-Offerte in Kohlen. Wir offerieren: I. englische Hausbrandkohlen, Ruhrkohlen, Koks, Briketts. Süddeutsche Kohlenhandels-Gesellschaft, Bureau: Friedrichsplatz II. m. b. H. Telefon Nr. 665.

L. Gretz Schneidermeister Karlsruhe, Markstr. 27. Beste Bezugsquelle für Herren- u. Knabenkleider fertig und nach Maß. Viele Neuheiten.

Rucksäcke für Kinder von 45 J an f. Erwachsene v. 1.35 M. Kofferhaus Geschw. Lämmle, 2526. Kasperl zu verkaufen, Sapeleustr. 41, 3. Stod. Damen- u. Kinderkleider werden billig angefertigt. Schützenstr. 62, 3. E.

Gesang-Verein Lassallia Karlsruhe.

Am Sonntag, den 16. Mai, von nachmittags 4 Uhr ab

Großes Gartenfest

im Garten des **Kühlen Krug**

Großes Instrumental- u. Vokal-Konzert,
verschied. Glücksspiele, Preisschießen.

Von 8 Uhr ab: **Tanz-Unterhaltung.**

Bei ungünstiger Witterung Tanz-Unterhaltung von 4 Uhr ab.

Um den immer unliebsam empfundenen Bieraufschlag zu beseitigen,
werden pro erwachsene Person 10 Pfg. Eintritt erhoben.

Hierzu sind die verehrlichen Mitglieder, Brudervereine, Freunde und
Gönner des Vereins freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Den Partei- und Gewerkschaftsgenossen, die sich an der diesjährigen
Sängerfahrt der Lassallia nach Zürich beteiligen wollen, diene zur Kenntnis,
daß Einzeichnungsliste im Lokale „Auerhahn“ auflegt. Die Einzeichnung für
darauf Reflektierende muß bis 16. Mai vollzogen sein.

Desgleichen fordern wir Frauen und Töchter der Partei- und Gewerkschafts-
genossen, die sich an der Gründung eines Frauenschors zu beteiligen
gedenken, auf, sich in die ebenfalls in der Restauration „Auerhahn“, Schützen-
straße 58, sowie „Palme“, Lessingstraße 40, aufliegende Liste mit Namen
und Wohnungsangabe einschreiben zu wollen.

Der Obige.

Gesangverein Bruderbund Karlsruhe-Mühlburg.

Sonntag, den 16. d. M., findet im schönen Garten der
„Westendhalle“ in Mühlburg 2508

Großes Gartenfest

statt, verbunden mit Musik, Gesang, Preisregeln, Preis-
schießen, Tanzunterhaltung usw. Hierzu sind unsere werthen
Mitglieder, Freunde und Gönner, sowie unsere Brudervereine
freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

NB. Das Preisregeln beginnt Samstag Abend 8 Uhr und
endet Sonntag Abend 11 Uhr.

Billigstes

August Schindel jr.

Handstraße 69 Durlach Handstraße 69

empfiehlt für

Frühjahr und Sommer

sein reichhaltig, auffortiertes Lager in

**Herren-, Burschen-
und Knaben-Anzügen**

bei streng reeller Bedienung.

Geschäftshaus.

Gesucht

für 15. Mai und 1. Juni
für den Privathaushalt:
Köchinnen,
Mädchen für alle Arbeit,
Zimmermädchen.
Für das Wirtschaftsgewerbe:
Restaurationsköchinnen,
Hausmädchen,
Küchenmädchen.

Stellen suchen:
Kellnerinnen, einfache und
bessere, 2400
Aushilfskellnerinnen.

Städt. Arbeitsamt.
Weibl. Arbeitsnachweis.
Rähringerstr. 100 Telefon 620.
Geschäftszeit 8-12, u 2-7 Uhr.

Sinderliegwagen gut er-
halten.
ist im Preis für 8 M. zu verk.
Mühlburg, Marktstr. 5, 1 St.

Nur solide, billige
**Schuh-
waren**

aller Art
kauft man am besten
bei

Wilh. Müller,
Geibelstr. 4 beim
Mühlburger Bahnhof

Freiburg.

Infolge täglicher grosser Eingänge von Hochsommersachen sollen
die Bestände in **Frühjahr-**

CONFECTION

baldigst zu denkbar billigsten Preisen geräumt werden.

Gediegene Stoffe :: Beste Verarbeitung :: Tadellose Passform.

Ein Sortiment Frühjahrs- einfarbig und englischer Art.
Jackett-Kostüme Sonst bis 35 M. **15⁰⁰**
Jetzt z. Ausschauen durchweg
ferner ca. 100 Stück in der Preislage von 9.75 bis 60 M.

Ein Sortiment Frühjahrs- in feinen braunen Farben, teilweise
Tuch-Paletots mit Seide gefüttert. Sonst bis 60 M. **24⁵⁰**
Jetzt zum Ausschauen durchweg

Ein Sortiment Frühjahrs- englischer Art für Damen und
Fantasie-Paletots Backfische. Sonst bis 15 M. **7⁵⁰**
Jetzt z. Ausschauen durchweg
ferner ca. 75 Stück in der Preislage von 5.50 bis 24 M.

Ein Sortiment Frühjahrs- aus bewährt gutem Covercoat.
Regen-Mäntel Sonst bis 14.50 M. **9⁰⁰**
Jetzt zum Ausschauen durchweg
ferner ca. 100 Stück in der Preislage von 5.50 bis 21 M.

Ein Sortiment Frühjahrs- englischer Art, teilweise mit Falten
Kostüm-Röcke gearbeitet. Sonst bis 13.50 M. **6⁷⁵**
Jetzt zum Ausschauen durchweg
ferner ca. 200 Stück in der Preislage von 4.75 bis 30 M.

Besonders preiswert **Wasch-Kleidung** Enorme Auswahl
Damen- Röcke Mädchen- Röcke Knaben- Anzüge
Blusen Blusen Blusen

Rabatt-Marken. Eine Extra-Serie **3⁷⁵**
Lustre-Unterröcke jeder Rock zum Ausschauen
ferner ca. 200 Stück von 5.- bis 25.- M.
Enorm billig.
Rabatt-Marken. Eine Extra-Serie **2⁷⁵**
Wasch-Unterröcke jeder Rock zum Ausschauen
ferner ca. 150 Stück von 3.50 bis 9.- M.
Enorm billig.

S. KNOPF Freiburg.

Freiburg i. Br. 4852

Friedrich Wempe

Kaisersstr. 56. Ecke Franziskanersstr.

Beste Bezugsquelle für

**Herren-, Knaben- und
Sportkleidung.**

Herren-Anzüge f. 10, 12, 15, 20 b. 80 M.

Herren-Paletots f. 10, 12, 15, 18 b. 70 M.

Herren-Pelerinen f. 8, 10, 12 b. 35 M.

Herrenlodenjoppen f. 3 4 5 6 7 b. 25 M.

Herren-Hosen, sehr preiswert für 1.50, 2,
2.50, 3, 4, 5, 6, 7, 8 bis 21 M.

Hochsommerskleidung

in enorm grosser Auswahl als:

Wash- u. Lüstre-Joppen, Anzüge
in Baumwolle, Leinen-Lüstre, Flanell usw.,
Wash-Hosen, Westen.

**Grosse Spezialabteilung für Knaben-
und Jünglings-Bekleidung.**

Eigene Schneiderei im Hause.
Gute dauerhafte Verarbeitung, billigste
Preise, aufmerksamste Bedienung.

Kaiserstrasse 56.

Rabatt-Sparverein.

1882 Geschäftsgründung 1882.

**Alona
Fahrräder**
u. Zubehörsartikel enorm billig.
Kataloge gratis. Vertreter ge-
sucht. **Fahrradhandl. Dieber**
Freiburg i. B. G.

Globus Putzextrakt

putzt
besser
als andere

Metall-Putzmitte

Nordland Räder,
feinste Marke, vornehmste Bau-
art. Qualität, Eleganz und
spielend leichtem Lauf unerreicht.



- 5 Jahr Gar. egt.
- 51.75 m. Gummi
- Laufdecke ohne Garant. 2.40
- Laufdecke m. 6 Mon. Gar. 3.65
- Laufdecke 12 4.60
- Luftschlauch m. Dunlop. 1.80
- Kerzenlaternen 2.20
- Gelaternen ff. bernidelt 1.-
- Acetylnaternen 2.10
- Fahrrad-Schüssel -0.35
- Speichen m. Nippel -0.03
- Schuhblech -0.40
- Fahrrad-Sattel 1.80
- so enkammern -0.02
- Fußpumpe, sehr stark -0.70
- Pedal, ff. bernidelt -0.70
- Korkgriff, extra Qual. -0.11
- Rucksack 1.-
- Stollen -0.15
- Guckhalter Paar -0.25
- Gummilösung -0.05
- Revolver 3.25
- Haar-Schlagringe -0.15
- Reparaturen schnell u. billig unter Garan- tie ausgeführt. 1881
- Kataloge gratis und franko.
- Nordische Stahlgesellschaft
- Karlsruhe, Ratterstr. 81/83.

Die Sonne scheint nicht alle Tage

um bleichen zu können, verwenden
Sie daher „Lisil“ das hervorragendste
Wash- u. Bleichmittel der Neuzeit u.
Sie werden auch an trüben Tagen eine
blendend weisse Wäsche erzielen.
Fabrikanten: Füll & Schmalz, Bruchsal.

Todes-Anzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Sohn

Otto Kraus

im Alter von 13 Jahren 10 Monaten nach kurzer, schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten die Eltern 2534

Josef Kraus. Frieda Kraus und Kinder.

Die Beerdigung findet Samstag Mittag 1/2 3 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt. Trauerhaus: Winterstraße 37, 4. Stod.

Transportarbeiter-Verband

Bureau: Winterstraße 21 Fernsprecher Nr. 541. Samstag den 15. Mai, abends halb 9 Uhr, findet im Nebenraum der Restauration Köllener, Ecke Wilhelm- und Werderstraße 2552

Mitglieder-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die letzten Vorgänge bei der Firma Steffelin. 2. Festlegung eines Ausflugs und eines Spazierganges am Simmelsfahrtstage. 3. Verschiedene Verbandsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Odenwald-Verein Karlsruhe.

Sonntag den 16. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet unser diesjähriges

Waldfest

an der Schickmauerallee (Seilerbahn), verbunden mit Musik, Wettrennen und Volksbegeisterung statt. ff. Moninger Bier und prima Würstchen.

Es ladet freundlichst ein Der Vorstand. NB. Bei ungünstiger Witterung 8 Tage später.

Freie Turnerschaft Hagsfeld.



Sonntag, den 16. Mai : : nachm. 2 Uhr : :

im Hirschgarten Garten-Fest

Turnspiele, turnerische Aufführungen, Schiessbude sowie

Kinder-Reigen

Turngenossen willkommen.

Extra billige

Ausnahme-Preise

in allen Sorten Herren- und Damen-Stiefeln sowie

Sport- und Fahrrad-Sandalen.

Extra noch 5% Rabatt.

Jg. Interstein

Schuhwaren-Geschäft 2535 Karlsruhe-Mühlburg, Rheinstraße 55.

Apollo-Theater Karlsruhe und Kabarett Maxim.

Dir. Braunschweiger. Sonntag, den 16. Mai 1909,

Eröffnung der Sommer-Saison

vom 16.-31. Mai 1909

Theater schöner Frauen

hochdeutsches Programm.

Sonntag von 11 bis 1 Uhr: Frühchoppen-Konzert mit Varieté-Einlagen. 2539

Sonntag 4 Uhr: Familien-Vorstellung.

Sonntag 8 Uhr: Grosse Gala-Vorstellung.



Schuhwaren

zu billigen Preisen.

Herrenstiefel

- Art. Lw. Hakenstiefel, Besatz, sehr preiswert per Paar Mk. 6.90
Art. 6103. Ech. Boxcall-Hakenstiefel, Besatz per Paar Mk. 7.95
Art. 9344. Eleganter brauner Hakenstiefel, modernes Façon per Paar Mk. 8.90
Art. 9182. Schwarz echt Chevreaux-Hakenstiefel, Derbyschnitt, modernes Façon per Paar Mk. 9.50

Damenstiefel

- Art. 8188. Echt Chevreaux-Halbschuhe, Derbyschnitt, grosse Oesen, per Paar Mk. 4.90
Art. 8210. Rindbox-Schnürstiefel, Lackkappen, Derbyschnitt, per Paar Mk. 6.90
Art. 8126. Braun echt Chevreaux-Schnürstiefel, Lackkappen, Derbyschnitt per Paar Mk. 7.95

Table with 6 columns: Art. MF. Garantiert Rindleder-Sandalen, Lederkappen, Lederbrandsohlen, Triumphschnallen. Rows for Grösse 22-26, 27-30, 31-35, 36-41, 42-46, 47-50 with prices from 2.20 to 4.20.

Table for Segelfuch-Halbschuhe in schwarz und braun mit Ledergarnitur. Rows for Kinder, Mädchen, Damen, Herren with prices from 1.10 to 1.78.

Art. Ag. Meliert Segelfuch-Schnürstiefel, Ledersohle, Fleck Grösse 21-26 per Paar 98 Pfg.

Table for Bequeme Reiseschuhe mit Kordelsohlen. Rows for Kinder, Mädchen, Damen, Herren with prices from 50 to 80 Pfg.

C. Korintenberg, Karlsruhe, Kaiserstrasse 118.

Städtisch. Vierordtbad. Gründlicher Schwimmunterricht

wird erteilt an Erwachsene und Kinder beiderlei Geschlechts. Preis für Erwachsene 10 Mk. 2543, für Kinder unter 14 Jahren 6 "

Garantiert reiner Apfelwein

per Flasche 19 Pfg. lose per Liter 23 Pfg.

Eyach-Sprudel

v. Lit.-Flasche 20 Pf.

Luger u. Filialen



De Thompson

Seitenpulver

Garantiert frei von schädlichen Bestandteilen

das beste Waschmittel. 1/2 & Paket 15 Pfg.

Schreibbeamten

Die Stelle eines Schreibebeamten beim Gemeindegereicht ist auf 1. Juni zu besetzen. Bewerber sollen der Stenographie nach System Gabelsberger er mächtig, mit der Bedienung der Hosi-Schreibmaschine vertraut und militärfrei sein.

Schneider

der gut Herrenkleider hügeln kann, findet sofort dauernde, gut-bezahlte Beschäftigung 2498 Färberei u. chem. Wasch-Anstalt D. Lasch.

Büglerrinnen

finden sofort dauernde, gut-bezahlte Beschäftigung 2497 Färberei u. chem. Wasch-Anstalt D. Lasch.

2 Mädchen

od. jüngere Frauen finden in unserer Wäscheabteilung dauernde Beschäftigung 2528 Städt. Brauereihaus Karlsruhe.

Augartenstraße 28, 4. St. ist ein möbl. Zimmer sowie anständ. Schlafstelle zu vermieten.

Blusen! Blusen! Costümröcke.

Fertige neue nur moderne Damenblusen schwarz weiß und farbig in Wolle, Seide, Leinen, Batist, Bolle u. s. w. Schön verzierte weiße Wolleblusen von 4.75 Mk. an, weiße seidene Batistblusen von 2.50 Mk. an, u. höher. Schöne Mädchenblusen für das Alter von 8-15 Jahren sehr billig. Fischstraße 52, parterre. Kein Laden, daher sehr billige Preise.

Schöne 2 Zimmerwohnungen

im Hinterhaus mit Kochgas auf 1. April 1909 zu vermieten. Näheres Ruppertstr. 20 im Bureau. 347

Fahrradhaus, Frisch auf, Berlin.

Verkaufsstelle Karlsruhe: Marktgrafenstr. 44 (Inhaber Stoll und Stoll). Eigentum des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

„Frisch auf“-Fahrräder

Auswahl in 1a. Nähmaschinen. Bestenrichtete Reparaturwerkstätte für Fahrräder mit Nähmaschinen aller Systeme. 1a. Carbid, das kg zu 35 Pfg., ist außerdem zu haben in folgenden Verkaufsstellen: Restauration Rutschmann, Kaiserstr. 13, Restauration „Eiche“, Augartenstr. 60, Schuhmachermeister Müller, Mühlburg, Gellertstr. 4 v. Städtteil Ruitheim: F. Coppel, Hauptstraße 11. NB. Verkauf sämtlicher Artikel auch an Nichtmitglieder.

Durlach Mittagstisch

gut und kräftig, bei mäßigem Preis, in und außer Wohnort empfohlen

Mannherz, zur Blume

Regier und Wirt.

Im Frühjahrshanspuk!

Ia. Kern-Seife

garantiert vollwertig mit Pressung Pflanzkuch-Seife

weiße 1/4 Pfd. 26 g ohne Pressung mit 10% Einschnitt:

weiße, 2 Stück 24 g gelbe, 2 Stück 23 g

Schmier-Seife

gelbe, Glycerin, Pfund 16 g weiße, Salmiat, Pfund 18 g

Ia. Reis-Stärke

offen, Pfd. 30 g

Crème-Stärke (Hoffmann)

1/2 Pfd.-Karton 20 g

Mack-Doppel-Stärke

1/2 Pfd.-Karton 20 g

Waschkrysal

Paket 4 g

Bleichsoda

1/2 Pfd.-Paket 8 g

Seifenpulver

1/2 Pfd.-Paket v. 4 g an

Fettlaugenmehl

Pfund 10 g

Borax

ganz oder gemahlen 125 Gramm-Paket 10 g

offen Pfund 26 g empfehlen 1281

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.